

WAHLPROGRAMM 2016 – 2021

VOLLES PROGRAMM TEMPELHOF- SCHÖNEBERG

BEZIRK DER
MÖGLICHKEITEN

MODERN, MOBIL, MIETERFREUNDLICH
UND MITEINANDER:
WIR SCHAFFEN DAS MIT IHRER STIMME!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Tempelhof-Schöneberg
Fritz-Reuter-Str. 1
10827 Berlin

Tel: 030-53 60 41 46

kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

Layout: Christoph Jöns; grafik-joens.de



INHALT

Präambel	5	Bus und Bahn jederzeit für alle.....	18
Volles Programm		Straßen und Plätze für die Menschen.....	18
Tempelhof-Schöneberg – Bezirk der Möglichkeiten	7	Autos: ja, aber sauber, leise und gemeinsam genutzt.....	19
Mitmachen heißt mehr, als nur „ja“ oder „nein“ zu sagen.....	8	4 Lokales Gewerbe für die Menschen – das bringt den wirtschaftlichen Aufschwung	21
1 Neues bauen und die Kieze erhalten – so geht soziale Stadtentwicklung	10	Örtliche Geschäfte statt neuer Discounter.....	22
Neue Viertel für ein wachsendes Tempelhof-Schöneberg.....	11	Netzwerke mit neuen Ideen für das Gewerbe.....	22
Erhalt der sozialen Mischung statt Luxusmodernisierung.....	11	Neue Standorte für neue Betriebe.....	23
Wohnlich für Jung und Alt.....	11	Fair über die Bezirksgrenzen hinaus.....	23
Wohnraum für alle Menschen im Bezirk.....	12	Fördern, aber mit klaren Strukturen.....	24
2 Grünflächen ausweiten, hegen und pflegen: Das ist Umwelt- und Naturschutz!	13	5 Sozialpolitik für ein Leben in Würde	25
Unsere Parks sollen wieder attraktiver werden.....	14	Menschen mit psychischen Erkrankungen - Inklusion durch Arbeit und Wohnen.....	26
Bürgerengagement für praktischen Umweltschutz unterstützen.....	14	Gesundheitsamt soll Musterbehörde werden.....	26
3 Sichere Wege für Groß und Klein – so läuft der Verkehr	16	Frühe Hilfen.....	27
Vorrang für kleine und große Füße.....	17	Selbstbestimmt im eigenen Kiez und existenziell abgesichert alt werden.....	27
Bequem und mobil mit dem Rad.....	17	Jobcenter muss Fördermöglichkeiten ausschöpfen.....	27
		Flüchtlinge in den Bezirk integrieren.....	28

6 Frauen, Jugend, Queer – gleiche Chancen für alle.....	29	9 Kunst und Kultur in unseren Kiezen – das macht den Bezirk lebendig.....	41
Starke Mädchen und Frauen gegen Gewalt und sexuelle Belästigung.....	29	Vom Laborbetrieb zum Wirtschaftsfaktor.....	42
Der Homo- und Transphobie auf allen Ebenen entgegentreten.....	31	Kultur braucht Personal und Personal will leben.....	42
Jugendarbeit für eine tolerante Gesellschaft.....	31	Bibliotheken als Treffpunkte.....	43
FamilienServiceBüro in Betrieb nehmen, Familienzentren ausbauen.....	32	Vorwärts und nicht vergessen.....	43
7 Nachbarschaft, Freizeit, Sport – hier hält ehrenamtliches Engagement die Gesellschaft zusammen.....	34	10 Die Zukunft des Bezirks gestalten – auf solider Basis.....	45
Schwimmen lernen mit Patenschaft.....	35	In Köpfe und bürgernahe Technik investieren.....	46
Vereine brauchen Platz und transparente Förderung.....	35	Die Menschen müssen wissen, was mit ihrem Geld geschieht.....	46
Angebote für alle.....	36		
8 Gemeinsam lernen in angemessenen Räumen – nur dann ist Bildung auch gerecht.....	37		
Neue Standorte schaffen, alte Schulgebäude sanieren.....	38		
Unterschiedliche Voraussetzungen, gleiche Chancen.....	38		
In Schulen wird nicht nur gelernt, hier wird gelebt.....	39		



PRÄAMBEL

Liebe Tempelhof-Schönebergerinnen und Tempelhof-Schöneberger,

am 18. September 2016 wird in Berlin gewählt. Sie entscheiden mit Ihrer Erst- und Zweitstimme über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und damit auch, welche Parteien den Regierungsauftrag erhalten werden.

Mit Ihrer dritten Stimme wählen Sie die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg. Die Bezirkspolitik trifft viele Entscheidungen, die sich in Ihrem persönlichen Umfeld bemerkbar machen. Sie entscheidet darüber, wo Schulplätze angeboten werden, wo in der Nachbarschaft gebaut werden darf, mit welcher Priorität eigene Baumaßnahmen umgesetzt werden

und wie das Angebot in den Bibliotheken, Jugendfreizeiteinrichtungen oder in den Musikschulen aussieht. Die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt setzen sich aber auch gegenüber dem Senat von Berlin für die Interessen von Tempelhof-Schöneberg ein.

Wir sind in der vergangenen Wahlperiode eine Zählgemeinschaft mit der SPD eingegangen und haben zusammen mit unserer Stadträtin Dr. Sibyll Klotz in dieser Zeit viel erreicht.

Unsere Stadträtin hat Bürgerbeteiligung vor den gesetzlich vorgeschriebenen Prozessen transparent und effektiv organisiert. Unterschiedliche Interessen wurden dabei klar benannt sowie in Werkstattverfahren gute Ideen und Lösungen gefunden und um-

gesetzt. Die attraktiven Wohnbauvorhaben am Güterbahnhof Wilmersdorf und an der Bautzener Straße mit einem jeweils großen Anteil an bezahlbarem Wohnraum, aber auch das 20-Millionen-Programm (Aktive Zentren) für die Bahnhofstraße in Lichtenrade zählen zu ihren Errungenschaften. Daran wollen wir festhalten und aufbauen.

Wir haben in der rot-grünen Zählgemeinschaft viele große und kleine Dinge bewegt. Mit den Beschlüssen für vier soziale Erhaltungssatzungen haben wir die rechtlichen Grundlagen gelegt, dass in diesen Quartieren Luxusmodernisierungen und der Rückbau von Wohnraum verhindert werden können. Mit den Beschlüssen zum Bezirkshaushalt haben wir sichergestellt, dass eine Sanierung der Bezirksfinanzen gelingt und dabei trotzdem soziale und ökologisch wichtige Projekte abgesichert werden. Das gilt zum Beispiel für die Arbeit des Naturrangers in Marienfelde, die weitere Öffnung der Wohnungslosentagesstätte in Schöneberg, die zusätzlichen Finanzmittel zur Energieeinsparung oder die Finanzierung des Fahrrad-Nebenroutenkonzepts.

Die Mobilität hat sich verändert. Immer mehr Menschen kombinieren dabei verschiedene Möglichkeiten und nutzen das Fahrrad. Wir wollen im Bezirk mehr und bessere Radwege anbieten. Dabei spielt die Umsetzung des Nebenroutenkonzepts eine herausragende Rolle, auch weil es das Angebot für alle Menschen im Bezirk verbessert.

Wir wollen kein Kind zurücklassen. Jedes Kind muss die Unterstützung bekommen, die es individuell braucht: in der Kita, in der Schule, beim Mittagessen oder bei der individuellen Förderung. Dabei müssen alle Kinder integriert werden. Die Größe des Geldbeutels der Eltern darf dabei keine Rolle spielen. Unser Anspruch ist es, dass unsere bezirklichen Einrichtungen wie Schulen, Bi-

otheken oder Sportplätze sich für alle öffnen und auch dann Nutzungsmöglichkeiten vorhalten, wenn die Einrichtungen selbst geschlossen haben.

Viele Menschen haben in den vergangenen Monaten bei uns Zuflucht gefunden. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sie ein ganz normales Leben bei uns führen können - mit Rechten und Pflichten wie jede Bürgerin und jeder Bürger von Tempelhof-Schöneberg auch. Gleichwohl verkennen wir nicht, dass es dazu der Anstrengung von allen bedarf. Ausgrenzung, Diskriminierung und das Schüren von Ängsten haben bei uns keinen Platz!

Wir wollen Sie davon überzeugen, dass wir mit unserer grünen Programmatik und unseren Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Anliegen aufgreifen und in eine gute Politik für Tempelhof-Schöneberg umsetzen werden. Lassen Sie uns gemeinsam unseren Bezirk voranbringen: modern, offen und lebenswert für alle!

Wir werben mit diesem Wahlprogramm um Ihre Stimmen und um Ihr Engagement für unsere Stadt und unseren Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

Herzliche Grüße



FOTOS: SASCHA BACHMANN

Martina Zander-Rade und Jörn Oltmann



VOLLES PROGRAMM TEMPELHOF-SCHÖNEBERG – BEZIRK DER MÖGLICHKEITEN

Unser 14köpfige Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat mit unserer für Gesundheit, Soziales und Stadtentwicklung zuständigen Stadträtin Sibyll Klotz in den letzten Jahren etliches für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg erreicht. Diese Erfolge waren möglich, weil 24,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Bezirk uns bei den Wahlen am 18. September 2011 ihre Stimme gaben. So konnten wir auf der Grundlage einer rot-grünen Zählgemeinschaft mit der SPD, aber ohne ideologische Scheuklappen, auch immer wieder in

Absprachen mit den anderen Parteien und Gruppen die Bezirkspolitik mit grüner Handschrift wesentlich mitgestalten.

Aber da geht noch mehr! Insbesondere dort, wo es um den öffentlichen Raum geht, wollen wir:

1. mehr und vielfältigere Beteiligungen ermöglichen.
2. verbindliche und verlässliche Regeln definieren.
3. Menschen aus allen sozialen Schichten und Kulturen ansprechen und beteiligen.

Unser Ziel ist es, die Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks zu verbessern. Öffentliche Räume müssen soziale, ökonomische und ökologische Anforderungen erfüllen und sollen auf der Grundlage gegenseitiger Rücksichtnahme genutzt werden.

Investoren verfolgen bei ihren privaten Bauvorhaben ihre eigenen Interessen. Wir Grüne betrachten es als eine unserer Aufgaben, das Allgemeinwohl im Blick zu haben und die Interessen möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Dabei wollen wir das Wissen und die Erfahrung vor Ort nutzen. Wir sind davon überzeugt, dass die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger eine demokratische Notwendigkeit ist, Planungs- und Bauvorhaben bereichern oder auf einer soliden Grundlage auch ein Vorhaben beenden können. Wir wollen zwischen den unterschiedlichen Interessen einen Ausgleich finden und ringen mit Ihnen gemeinsam um die besten Lösungen für unseren Bezirk.

Auch wenn letztlich die gewählten Bezirksvertreterinnen und -vertreter die Entscheidungen zu treffen haben: Die Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes wollen mehr, als dass lediglich die Pläne für ein Bauvorhaben, die Neugestaltung eines Platzes oder einer Grünanlage an einem öffentlich zugänglichen Ort zu einer bestimmten Frist ausgelegt werden, dann noch Zeit für – rechtlich unverbindliche – Eingaben und Widersprüche bleibt. Das schreibt das Gesetz ohnehin vor. Wir Grünen sorgten dafür, dass in Tempelhof-Schöneberg darüber hinaus tatsächlich jeder interessierte Anwohner, jede Anwohnerin sich jederzeit über eine Online-Datenbank ein Bild von den im Bezirk anstehenden Projekten machen und Einsicht auch in die Originaldokumente des Stadtentwicklungsamtes nehmen kann.

Für eine gute Informationspolitik reicht es aber nicht, dass die Bürgerinnen und Bür-

ger die Informationen suchen müssen: Die Informationen müssen direkt an die Betroffenen gehen. Positive Erfahrungen machten wir mit den Bauwagen, in denen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung direkt vor Ort den Betroffenen die gewünschten Auskünfte erteilen. Unser weiterführender Vorschlag für die Zukunft: In einem Projekt-Blog werden online alle Kritikpunkte und Vorschläge zu einer Planung gesammelt und können von allen Interessierten auch kommentiert und zur Grundlage öffentlicher Veranstaltungen gemacht werden.

Mehr Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen aber auch die bessere Abstimmung der verschiedenen Ämter ist das Ziel des durch uns neu geschaffenen Bereichs Sozialraumorientierung. Endlich gibt es Daten und Informationen über die Bezirksteile – von Schöneberg bis Lichtenrade – auch als Grundlage für Entscheidungen des Bezirksamtes oder die Beantragung von Fördermitteln. So ist es uns gelungen, beträchtliche Fördermittel für Lichtenrade einzuwerben, um die Bahnhofstraße mit ihrem erhaltenswerten Mix an kleinen Geschäften attraktiver zu machen. So wie in Lichtenrade ein „Gebietsfonds“ etabliert wurde, gibt es auch in Schöneberg einen „Kiezfonds“ oder den „Quartiersfonds“ im Schöneberger Norden. Allen Fonds gemeinsam ist, dass die im Kiez Engagierten selbst über die Vergabe der Mittel entscheiden. Sowohl die Organisationseinheit Sozialraumorientierung wie auch die Beteiligungsfonds wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ausbauen.

MITMACHEN HEISST MEHR, ALS NUR „JA“ ODER „NEIN“ ZU SAGEN

Echte Bürgerbeteiligung bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger stimmen nicht nur mit „ja“ oder „nein“ über ein Vorhaben ab,

sondern sie bringen eigene Vorschläge ein, entwickeln ein Projekt im Interesse der Anlieger weiter oder lassen sogar etwas Neues entstehen. Unter Federführung unserer Stadträtin Sibyll Klotz setzten sich Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Anwohnerinnen und Anwohner sowie Vertreter der Investoren in Werkstattverfahren etwa über die Zukunft des Geländes des ehemaligen Güterbahnhofs Wilmersdorf auseinander und fanden eine Lösung, die von dem Investor ursprünglich gar nicht vorgesehen war. Nun wird sie realisiert, weil sie den Interessen des Bezirks entspricht und allen Seiten gerecht wird.

Voraussetzung einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung und Entscheidungsfindung sind ein frühzeitiger Beginn des Verfahrens, ein klares Ziel sowie seine zeitliche Begrenzung. Die Beteiligung darf auch nicht ausschließlich ein Forum redogewandter Menschen mit viel Freizeit sein. Gefragt und beteiligt werden müssen auch die Betroffenen, die sich ansonsten kaum öffentlich äußern.

Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg: Es bedarf Regeln über die Verbindlichkeit der gefundenen Kompromisse. Ent-

scheidungen müssen dann auch umgesetzt werden.

Trotz größter Bemühungen wird sich nicht immer ein Kompromiss finden lassen, der den Bedürfnissen aller Beteiligten entspricht. Dann müssen die gewählten Bezirksvertreterinnen und -vertreter eine Entscheidung treffen, die vielleicht nicht im Sinn aller Betroffenen ist, aber den Interessen des gesamten Bezirkes entspricht.

Auch bei solchen Entscheidungen muss klar sein: Ein Bezirk, in dem die Menschen gerne leben und sich wohl fühlen, ist nicht das Ergebnis von Verwaltungsplanungen nach Investorenwünschen, nicht das Ergebnis einsamer politischer Beschlüsse und seien sie auch noch so gut gemeint. Ein lebendiger Bezirk ist das Ergebnis einer ständigen Diskussion seiner Bürgerinnen und Bürger, wie sie leben möchten, und einer starken Demokratie, die immer wieder um neue Lösungen für die Zukunft ringt. Deshalb werben wir für die anstehende Wahl nicht nur um Ihre Stimme, wir werben um Ihr Engagement.

Wie wir Grünen uns die Zukunft dieses Bezirkes vorstellen, wie wir sie mit Ihnen gestalten wollen – das lesen Sie auf den folgenden Seiten.

DREI ECKPFEILER ERFOLGREICHER BÜRGERBETEILIGUNG

- > Frühzeitige Information über alle Planungen des Bezirks. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Information nicht umständlich suchen, die Informationen werden leicht zugänglich fortlaufend aktualisiert.
- > Für die Bürgerbeteiligung gibt es Werkstattverfahren nach klaren Regeln: Es gibt einen Terminplan und ein Ziel. Gefundene Kompromisse werden umgesetzt. Diese Werkstattverfahren sind nicht nur ein Forum der ohnehin engagierten Mitglieder von Bürgerinitiativen, sondern sie versuchen, alle Betroffenen einzubeziehen.
- > Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss finanziert werden. Deshalb sollte bei jedem größeren Bauvorhaben ein bestimmter Prozentsatz der Planungskosten für informelle Bürgerbeteiligung, insbesondere für Planungswerkstätten, reserviert werden. Bei privaten Bauvorhaben soll der Investor für diese Finanzierung gewonnen werden.



1 NEUES BAUEN UND DIE KIEZE ERHALTEN – SO GEHT SOZIALE STADTENTWICKLUNG

Ursprünglich wollte ein privater Investor auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Wilmersdorf ein weiteres Einkaufszentrum errichten. Doch das stieß auf den Widerstand der zuständigen grünen Stadträtin und im Werkstattverfahren setzen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger einen Vorschlag durch, der auch dem Investor vielversprechend schien. Jetzt wird der gemeinsam entwickelte Konsensplan verwirklicht. In der Nähe des Innsbrucker Platzes entsteht

ein neues Quartier mit 940 Wohnungen, ein Standort für Dienstleistungen, Handel und Gewerbe mit großzügigen Grün- und Freiflächen. In diesem Neubauviertel zu leben, wird auch für Menschen mit durchschnittlichem oder geringem Einkommen möglich sein.

25 Prozent der Wohnungen werden durch städtische Gesellschaften errichtet und nach den Regelungen der Wohnungsneubauförderung 30 Jahre zu sozial verträglichen Mieten angeboten.

NEUE VIERTEL FÜR EIN WACHSENDES TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Berlin ist eine wachsende Stadt und unser Bezirk wächst mit. Das setzt voraus, dass wir neuen Wohnraum schaffen. Wir müssen und wir wollen bauen: unter umfassender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Am Innsbrucker Platz haben wir gezeigt, wie das funktionieren kann.

Die Vereinbarungen, die die grüne Stadträtin Sibyll Klotz dabei mit privaten Bauherren über deren Kostenübernahme für die Bürgerbeteiligung und über den Anteil der Wohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsscheinen in den neu entstehenden Objekten geschlossen hat, machten Tempelhof-Schöneberg auf diesem Gebiet zu einem Vorreiter für ganz Berlin. Diesen Weg wollen wir in der kommenden Wahlperiode fortsetzen.

Wir wollen Neubauviertel mit einer sozial ausgewogenen Mieterschaft, auch mit Eigentumswohnungen und Appartements mit gehobenem Standard, aber vor allem mit preisgünstigen Wohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsscheinen, für die Empfängerinnen und Empfänger sozialer Transferleistungen wie etwa dem Arbeitslosengeld II. Und schließlich sind Neubausiedlungen so zu gestalten, dass sie den Bewohnerinnen und Bewohnern Grünflächen, Spielplätze für die Kinder, Einkaufsmöglichkeiten sowie eine gute Infrastruktur bieten. Dafür werden wir bei neu geplanten Projekten streiten.

ERHALT DER SOZIALEN MISCHUNG STATT LUXUS- MODERNISIERUNG

Wir wollen den Weg einer mieterfreundlichen Politik fortsetzen, den der Bezirk we-

sentlich mit grünem Antrieb eingeschlagen hat. Die „Rote Insel“, die Kieze um Barbarosaplatz und Bayerischer Platz, in der Bautzener Straße und am Kaiser-Wilhelm-Platz stehen bereits unter dem Schutz der sozialen Erhaltungsverordnung. Für insgesamt 21.600 Haushalte bedeutet das: Immobilienspekulation zu Lasten alteingesessener Mieter ist nicht mehr so einfach möglich, Luxusmodernisierungen und die damit verbundene Kostenexplosion sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sind deutlich erschwert. Und das geht: Der Abriss etwa eines noch gut erhaltenen Altbaus oder Nutzungsänderungen benötigen eine Genehmigung des Bezirks.

Solange Grüne für die Stadtplanung die Verantwortung tragen, wird es keine Luxusmodernisierung geben. Und klar ist uns auch: Es gibt schon jetzt weitere Kieze, die unter dem Schutz der sozialen Erhaltungsverordnung gehören.

WOHNLICH FÜR JUNG UND ALT

Soll ein Kiez für seine Bewohnerinnen und Bewohner wohnlich bleiben, können wir ihn nicht belassen, wie er ist. Viele Menschen, die hier leben, tun das bereits seit Jahrzehnten, verbrachten hier ihre Jugend, sind hier alt geworden.

Unsere Stadtplanung will die demografische Entwicklung im Auge haben und die Bedürfnisse der älter werdenden Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Die Lebensqualität im Alter hängt stark von der Kiezinfrastruktur ab. Denn oft findet mit zunehmendem Alter der Großteil der alltäglichen Bewegung im nahen Wohnumfeld statt. Inwieweit der Kiez genutzt wird, hängt auch von den Möglichkeiten vor Ort ab. Hierbei sind insbesondere sichere und gut beleuchtete Gehwege ohne

„Stolperfallen“ sowie öffentliche Toiletten und Bänke für die Aufrechterhaltung der Mobilität zu Fuß erforderlich.

Auch die Lage, Zugänglichkeit und Vielfalt von Geschäften, medizinischen und anderen Dienstleistungen und Freizeitangeboten wirken sich positiv auf die Lebensqualität älterer Menschen aus. Wir setzen uns dafür ein, dass trotz altersbedingter Einschränkungen ein selbstständiges Leben im Bezirk gewährleistet ist.

WOHNRAUM FÜR ALLE MENSCHEN IM BEZIRK

Wohnungslosigkeit verhindern, Obdachlose menschenwürdig unterbringen, nicht in Massenunterkünften, Containern oder Traglufthallen, sondern in Unterkünften, die den Betroffenen ihre Privatsphäre lässt: Auch das ist Bestandteil unserer bezirklichen Wohnungspolitik. Deshalb werden wir weiter für den Erhalt und Ausbau von Angeboten für Wohnungslose im Bezirk kämpfen.

Tempelhof-Schöneberg hat bisher große Anstrengungen unternommen, zu

diesem Zweck Wohnungen von privaten Vermietern, Hausverwaltungen, Wohnungsbau- und Genossenschaften etc. zu akquirieren. Der Bezirk muss dabei aber auch gegenüber dem Senat deutlich machen, dass er für diese Herausforderung die Unterstützung des Landes Berlin benötigt. Der Bezirk ist zum Beispiel aufgefordert, geeignete Immobilien zur Verfügung zu stellen.

Bei der Unterbringung von Geflüchteten in unserem Bezirk fordern wir von der dafür verantwortlichen Senatsverwaltung, dass auch Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte in ihrer Größe überschaubar bleiben und Mindeststandards etwa bei der Ausstattung mit Sanitärräumen und Brandschutz unbedingt eingehalten werden. Die Hangars im Flughafen sind für die dauerhafte Unterbringung von geflüchteten Menschen ebenso wenig geeignet wie Turnhallen. Das Leben in den Hangars macht krank und ist für einen längeren Zeitraum als vier Wochen nicht zumutbar. Die dort seit Monaten lebenden Menschen sind in geeigneten Immobilien unterzubringen. Die Plätze in den Hangars sind nur noch als Notreserve vorzuhalten.

UNSERE WOHNUNGSPOLITIK FÜR DEN BEZIRK

- > Neue Siedlungen sollen Wohnungen für Menschen aus allen sozialen Schichten mit Grünflächen und einer Infrastruktur bieten, die über alles verfügt, was man zum Leben benötigt. An der Planung von großen Bauvorhaben sind die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend zu beteiligen.
- > Mit sozialen Erhaltungsverordnungen schützen wir die Kieze des Bezirks, die Mieterinnen und Mieter vor teuren Luxusmodernisierungen und vor der Umwandlung ihrer Bleibe in unerschwingliche Eigentumswohnungen.
- > Niemand soll obdachlos sein oder werden. Der Bezirk muss Wohnungslose menschenwürdig unterbringen.



2 GRÜNFLÄCHEN AUSWEITEN, HEGEN UND PFLEGEN.
DAS IST UMWELT- UND NATURSCHUTZ!

2 GRÜNFLÄCHEN AUSWEITEN, HEGEN UND PFLEGEN: DAS IST UMWELT- UND NATURSCHUTZ!

Seine Position stand bereits auf der Kippe, dann konnten wir in den Haushaltsberatungen erreichen, dass Marienfelde seinen Naturranger behält. So können neue Fördermittel eingeworben werden und es besteht die Aussicht, dass sich die Finanzierung aus dem Bezirkshaushalt zukünftig reduziert. Die Naturwachstation und der Freizeitpark in Marienfelde brauchen schließlich eine kontinuierliche Führung.

Deshalb setzten wir uns für eine dauerhafte Finanzierung des Naturrangers ein.

Vor Jahren haben wir mit viel Einsatz die letzte zusammenhängende Grünfläche in unserem Bezirk südlich des Schichauwegs vor einer Bebauung gerettet. Auch ein Biotop auf dem Gebiet des ehemaligen Splittwerks südlich des Lichtenrader Wäldchens blieb bisher erhalten. Zwar hängen die Grün- und Naturflächen rund um den

2 GRÜNFLÄCHEN AUSWEITEN, HEGEN UND PFLEGEN: DAS IST UMWELT- UND NATURSCHUTZ!

Freizeitpark Marienfelde nicht mehr optimal zusammen, sollten aber trotzdem zum Landschaftsschutzgebiet erklärt werden.

Ganz klar: Tempelhof-Schöneberg braucht Wohnungsbau und Gewerbeflächen. Dafür können wir aber nicht unsere letzten Naturräume opfern. Sie sind unsere Lebensgrundlagen. Bereits im Oktober 2008 beschloss die BVV einstimmig, dass die Marienfelder Feldmark durch den Senat als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden solle. Trotz Bekräftigung auf grüne Initiative hin wurde der Senat noch immer nicht aktiv. Darum werden wir auch in der kommenden Wahlperiode nicht nachlassen, hier weiter Druck auf den Senat auszuüben. Denn ohne die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet droht der Marienfelder Feldmark weiter das Schicksal, zubetoniert zu werden.

UNSERE PARKS SOLLEN WIEDER ATTRAKTIVER WERDEN

Die Geldknappheit des Bezirks macht den öffentlichen Parks, den Friedhöfen und den Grünverbindungen schwer zu schaffen. So wurden in den letzten Jahren in vielen Parks zwar alte Bäume entfernt, für junge reichten aber die Mittel nicht mehr.

Neue Grünflächen, angelegt mit Geldern aus dem Programm „Stadtumbau West“, wurden zwar von Anfang an als „pflegeleicht“ geplant, verlieren aber nahezu ohne Pflege trotzdem an Attraktivität. Eine langfristige Entwicklung und Pflege ist so nicht möglich. Das gilt für die großen innerstädtischen Grünflächen am Gleisdreieck und auf dem Tempelhofer Feld ebenso wie für die vielen kleinen Nachbarschaftsparks.

Auch etliche unserer Teiche und Seen müssen dringend saniert werden. Sie sind in einem schlechten Zustand, weil sie etwa durch zu viele Nährstoffe überlastet werden. Das bedroht die Artenvielfalt unserer Grünflächen: Teiche und Tümpel sind nicht nur Lebensraum für Fische, hier siedeln sich Libellen und andere Insekten an, von denen sich dann die Vögel ernähren. Wir werden in den nächsten Jahren einen grünpolitischen Schwerpunkt bei Teichen, Pfuhlen und Kleingewässern setzen, deren Schutz und Sanierung vorantreiben und wollen dazu neue Brunnen und Teiche anlegen.

Um das umzusetzen, werden wir uns gegenüber dem Senat für eine bessere finanzielle Ausstattung unseres Grünflächenamtes stark machen. Aber auch der Bezirk muss bei der Grünpflege mehr Engagement zeigen. Für die Zukunft setzen wir auf ein stärkeres Miteinander von Verwaltung und Nachbarschaften. Viele Bürgerinnen und Bürger möchten sich bei der Pflege unserer Grünanlagen und Straßenbäume engagieren. Davon haben alle etwas.

BÜRGERENGAGEMENT FÜR PRAKTISCHEN UMWELTSCHUTZ UNTERSTÜTZEN

Wir setzen uns für den Erhalt von Kleingärten ein und dort, wo es rechtlich möglich ist, wollen wir dies auch in den entsprechenden Bebauungsplänen absichern. Um dafür aber die notwendige öffentliche Unterstützung zu gewinnen und eine breite Sympathie für bedrohte Kleingärten zu schaffen, müssen ihre Pächterinnen und Pächter auch selbst etwas tun. Unser Vorschlag: Die Gartenfreunde zeigen sich den Nicht-Gartenbesitzern als praktische Umweltschützer, indem sie etwa mit natürlicher Schädlingsbekämpfung den

2 GRÜNFLÄCHEN AUSWEITEN, HEGEN UND PFLEGEN: DAS IST UMWELT- UND NATURSCHUTZ!

Umweltschutz fördern und das in ihren Kolonien interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch praktisch vorführen.

Umweltschutz im Bezirk funktioniert nur mit bürgerschaftlichem Engagement. Die Aktivistinnen und Aktivisten der ufa-Fabrik haben mit ihrer „ökologischen Kulturoase“ für Erwachsene und Kinder einen Lernort für Naturerfahrungen geschaffen. Solche Lernorte sind auch die Gartenarbeitsschule und das Südgelände in Schöneberg.

Doch der Wunsch vieler Menschen, gemeinsam zu gärtnern oder Tiere zu

pflegen, bleibt meist unerfüllt. Darum unterstützen die Initiativen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) den interkulturellen Generationengarten in Lichtenrade und wir wünschen uns weitere dieser Projekte. Wir wollen überall im Bezirk Bürgergärten und Kinderbauernhöfe und möglichst viel Platz zum Gestalten. Mit Urban Gardening-Aktionen, eine gärtnerische Nutzung auch kleiner städtischer Flächen - häufig von den Anwohnerinnen und Anwohnern selbst getragen und organisatorisch unterstützt durch den Bezirk - wird das gelingen.

SO BRINGEN WIR DIE NATUR ZUM BLÜHEN:

- > Um vorhandene Naturflächen und Biotope vor drohenden Bebauungen zu bewahren, müssen sie als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Das gilt insbesondere für die Marienfelder Feldmark.
- > In unseren Parks und Grünanlagen sollen junge Bäume gepflanzt und belastete Teiche, Tümpel und Kleingewässer saniert werden. Der Gewässerschutz muss in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt der bezirklichen Grünflächenpolitik sein.
- > Wir wollen uns für die vorhandenen Kleingartenanlagen einsetzen und Initiativen für Urban Gardening unterstützen.



3 SICHERE WEGE FÜR GROSS UND KLEIN – SO LÄUFT DER VERKEHR

Andere Bezirke haben es bereits getan, Tempelhof-Schöneberg muss endlich folgen: Unter die Berliner Verkehrssicherheitscharta gehört auch die Unterschrift unseres Bezirks. Doch mit der Unterschrift allein ist es nicht getan.

Regelmäßige Aktionen und Foren müssen alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer an der Planung beteiligen. Und diese soll aus der Sicht von Erwachsenen und Kindern, aus der Sicht von Seniorinnen und Senioren, von Menschen mit Behinderung, von Menschen, die eben nicht nur

mit dem Auto, sondern mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind, stattfinden.

Dabei müssen alle spüren: Ihr Wunsch nach sicheren Straßen und Plätzen wird von der Politik und der Verwaltung ernst genommen. Der Bezirk muss unbürokratische Möglichkeiten bieten, Gefahrensituationen zu melden und dann schnell auf solche Meldungen reagieren.

Beim Engagement für mehr Verkehrssicherheit sehen wir über den Tellerrand hinaus und lernen von positiven Beispielen

anderer Städte. Wir streben beispielsweise eine Mischung aus Fahrradparkplätzen, auch überdachte, an wichtigen Standorten mit hohem Fahrradverkehr und vielen kleineren Abstellmöglichkeiten an.

VORRANG FÜR KLEINE UND GROSSE FÜSSE

Im Mittelpunkt kommunaler Verkehrspolitik hat die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu stehen. Das sind in erster Linie Kinder und ältere Menschen. Sie haben ein anderes Sichtfeld, können oft Entfernungen, Geschwindigkeiten und Gefahren noch nicht oder nicht mehr realistisch einschätzen. Darum sagen wir: Besonders im Bereich von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und Senioreneinrichtungen muss der Verkehr den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechend angepasst werden. Zugeparkte Einmündungen und Kreuzungen sind überall schwer einsehbar; für Kinder, die hier über die Straße wollen, aber besonders gefährlich. Auf Schulwegen darf es das nicht geben!

Vom Südtiroler Bozen wollen wir lernen. Eltern, die ihre Kinder aus Sorge um die Sicherheit selbst mit dem Auto zur Schule bringen, gefährden die Sicherheit der anderen Kinder. Zur Verringerung dieser Eltern-Taxis wurde das „Projekt Schulstraße“ erprobt: Eine halbe Stunde vor Unterrichtsbeginn sind diese Schulstraßen nur noch für den Fuß- und Radverkehr frei. Diesen Vorschlag wollen wir in Abstimmung mit den Elternvertretungen und der Polizei modellhaft erproben.

Je mehr die Kinder über den Straßenverkehr wissen, je mehr sie mitreden können, desto sicherer werden sie sein. Darum dürfen die Jugendverkehrsschulen und die

Mobilitätserziehung keinem Sparzwang zum Opfer fallen. Im Rahmen des schulischen Mobilitätsmanagements wollen wir die Kinder soweit wie möglich an der Verkehrsplanung beteiligen.

Das lässt sich nicht von heute auf morgen verwirklichen, aber einige Erfolge auf dem Weg dahin haben wir erzielt. Auf eine grüne Initiative hin wirbt die Schulverwaltung regelmäßig für die Aktion „Zu Fuß zur Schule“. Den von der Elternvertretung der Ruppin-Grundschule geforderten Zebrastreifen über die Offenbacher Straße haben wir durchgesetzt.

Die Kinder sind aber nicht die einzigen, die im Verkehr besonderer Rücksichtnahme bedürfen. Auch Menschen mit Handicap, zum Beispiel Gehbehinderte oder Ältere, die nicht mehr so schnell zu Fuß sind, finden sich beim Überqueren einer Straße mit Hürden konfrontiert. Ihnen wollen wir, wo immer es machbar ist, den Alltag erleichtern, zum Beispiel mit Bordsteinabsenkungen, Gehwegvorstreckungen, Mittelinseln, Zebrastreifen und fußgängerfreundlicheren Ampelschaltungen.

BEQUEM UND MOBIL MIT DEM RAD

Für den Radverkehr ist etliches schon auf den Weg gebracht: In der Manteuffelstraße wurde mit der Anlegung von Fahrradspuren begonnen. Das Nebenroutenkonzept mit seinem Netz sicherer Radwege durch den Bezirk ist beschlossene Sache und wartet nun auf die Umsetzung. Der Beschluss, die Handjerystraße zur Fahrradstraße zu machen, steht ebenfalls. Die überdachten Fahrradabstellanlagen und das „Bike & Ride“ am Südkreuz sind ein weiterer grüner Erfolg. Wir haben uns aber noch mehr vorgenommen.

Das beschlossene Nebenroutenkonzept soll zügig umgesetzt und das erfolgreiche Modell der Fahrradstraßen ausgeweitet werden, etwa auf die Belziger Straße und auf weitere Straßen, auf denen die Radlerinnen und Radler dann gegenüber dem Kfz-Verkehr bevorzugt sind.

Was Autofahrern und Autofahrerinnen erlaubt ist, muss auch Radfahrerinnen und Radfahrern möglich sein: ihr Fahrzeug am Fahrbahnrand abzustellen. Auf der Stubenrauchstraße zum Beispiel könnte man mit Fahrradabstellbügeln an der Einmündung gegenüber dem Friedhof auch das Parkverbot durchsetzen und damit verhindern, dass die Kreuzungsecke ständig mit Autos zugestellt wird. Eine entsprechende Forderung haben wir für die Kreuzungsbereiche der Akazien- und Goltzstraße aufgestellt.

Wir setzen uns für die Vollendung der „Schöneberger Schleife“ mit einem kombinierten Fuß- und Radweg von der Yorckstraße bis zum Bahnhof Südkreuz und zurück sowie für überbezirkliche Radwege etwa entlang der Potsdamer Stammbahn ein.

Selbstverständlich gehören Radfahrerinnen und Radfahrer auch auf die Hauptverkehrsstraßen. Damit sie diese auch sicher nutzen können, brauchen wir jedoch weitere Radfahr- bzw. Schutzstreifen.

BUS UND BAHN JEDERZEIT FÜR ALLE

Gerade im innerstädtischen Bereich gilt: Bahn und Bus des öffentlichen Personennahverkehrs bleiben für die meisten Menschen die wichtigsten Beförderungsmittel, mit denen man zuverlässig an sein Ziel gelangen will.

Aber viel zu oft heißt es auf den Haupt-

straßen: Nichts geht mehr. Dann stehen gegen alle Fahrpläne die Busse im Stau. Darum sagen wir: Auf der Haupt- und der Rheinstraße, der Potsdamer und der Martin-Luther-Straße, aber auch auf anderen Straßen, wo dieses Problem auftritt, müssen die Busspurzeiten zeitlich ausgeweitet werden.

Wo es möglich ist, wollen wir überbreite Busspuren einrichten. Das würde auch den Radfahrerinnen und -fahrern helfen, solche Spuren weitgehend konfliktfrei gemeinsam mit den Großen Gelben zu nutzen.

Auch ein dichtes Streckennetz nutzt wenig, wenn man zur „falschen Zeit“ unterwegs ist. Wir fordern einen Fahrplan mit dem man noch am späten Abend, an Wochenenden und Feiertagen auch die Stadt- randgebiete bequem erreicht.

Bequem erreichbar für alle sollen auch die U- und S-Bahnhöfe sein. Damit das Menschen mit Behinderung oder mit einem Kinderwagen einschließt, brauchen wir an allen Bahnhöfen wenigstens einen Aufzug.

STRASSEN UND PLÄTZE FÜR DIE MENSCHEN

Beispiel Innsbrucker Platz: Von Barrierefreiheit gibt es hier kaum eine Spur, die Fahrradwege sind zu schmal und dazu nicht durchgängig, die Verkehrsführung für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer unübersichtlich. Wer von einem öffentlichen Verkehrsmittel in ein anderes umsteigen will und sich hier nicht auskennt, muss erst eine Weile suchen. Das Irrbild der „autogerechten Stadt“ wurde hier zum Albtraum für Passantinnen und Passanten. Das ist kein Platz, auf dem sich Menschen aufhalten möchten.

Schon mit einfachen Maßnahmen ließe sich hier viel erreichen: Anpassung der Ampelschaltungen an die Bedürfnisse der Fußgänger und Fußgängerinnen, Anlage breiter und durchgängiger Radspuren, Verbot des Abbiegens aus der zweiten Spur, konsequente Pflege und Erneuerung aller Markierungen. Längerfristig wollen wir eine Neugestaltung ins Auge fassen, die Raum für Menschen und für städtisches Leben jenseits des Autoverkehrs schafft. Wir wollen ein sinnvolles Zusammenspiel der verschiedenen Fortbewegungsarten, die Orientierung und vor allem die Verkehrssicherheit erhöhen und die Aufenthaltsqualität steigern. Der Innsbrucker Platz soll vom reinen Verkehrsknotenpunkt des Kraftverkehrs zum Platz für Menschen werden.

An vielen Stellen im Bezirk wollen wir statt „Autogerechtigkeit“ eine Flächen-gerechtigkeit herstellen. Schließlich sind Straßen und Plätze für alle da. Mit der Einrichtung der Begegnungszone Maaßenstraße ist der Bezirk diesem Ziel dort ein Stück nähergekommen. Wir nehmen die Kritik der Gewerbetreibenden, Anwohnerinnen und Anwohner an diesem Modellprojekt des Senats ernst und prüfen Verbesserungsmöglichkeiten.

Was wir uns noch vorgenommen haben: Mit mehr Sitzbänken im öffentlichen Raum wollen wir auch auf anderen Straßen und Plätzen das Verweilen ermöglichen. Gerade Ältere oder Menschen mit Kindern freuen sich über Möglichkeiten, dafür öffentliche Stadtmöbel zur Verfügung zu haben.

Mit erweiterter Parkraumbewirtschaftung mildern wir den Parkplatzmangel der Anlieger. Die Ausweisung von Ladezonen verringert das Parken in der zweiten Reihe und schafft mehr Verkehrssicherheit.

Mit bunt gestalteten Fahrbahnkissen

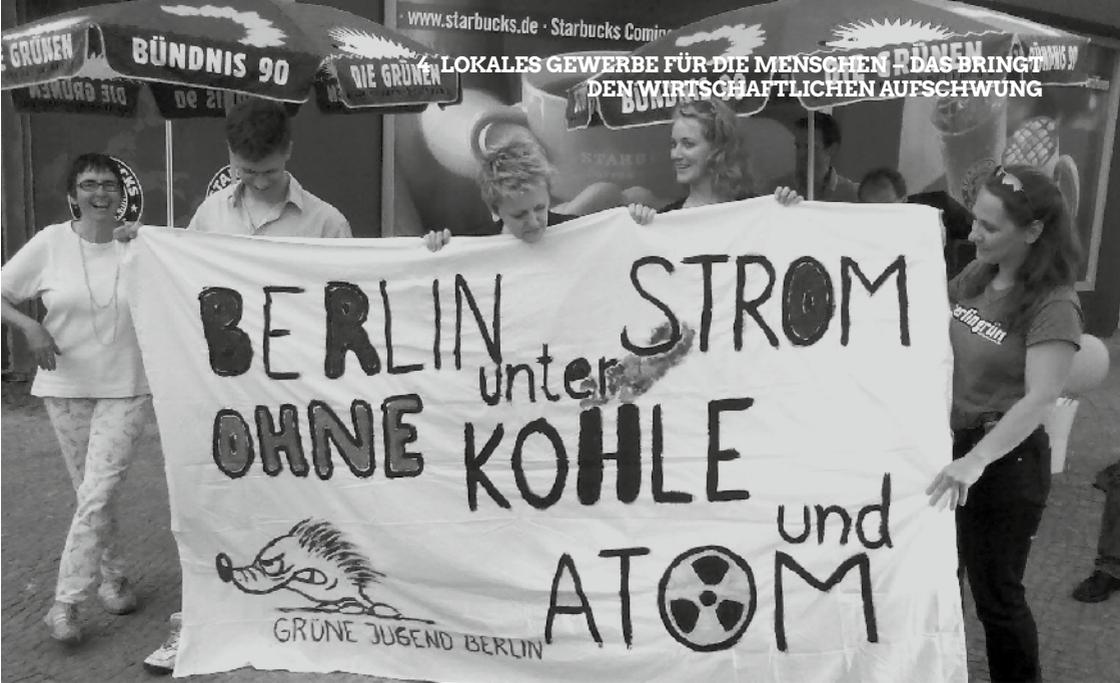
oder einfachen Aufpflasterungen wollen wir die Raserei stoppen und damit allen signalisieren: Das hier sind Kieze, in denen Kinder spielen, Seniorinnen und Senioren unterwegs sind; einfach Menschen leben, die Rücksicht fordern.

AUTOS: JA, ABER SAUBER, LEISE UND GEMEINSAM GENUTZT

Selbst bei engmaschigstem Bus- und Bahnnetz und trotz ausgebauter Radwege werden viele auf das Auto nicht verzichten wollen oder können. Deswegen wollen wir erlebbar machen, wie sich stadtverträglicher Individualverkehr künftig gestalten lässt: durch einen gut abgestimmten Mix aus 100 Prozent öffentlichem und vor allem sauberem Nah- und Individualverkehr. Elektromobilität ist die Technologie der Zukunft, unabhängig davon, wie die Energie gespeichert wird, ob in einem Wasserstofftank oder mit Akkus. Wichtig ist die Verwendung regenerativer Energiequellen. Dann wird die Mobilität zukünftig günstiger, leiser, sauberer und mindestens genauso bequem. Wir wollen Tempelhof-Schöneberg schneller in die Zukunft bringen und zusammen mit den hier ansässigen Forschungseinrichtungen, Industrie- und Gewerkepartnern und Berlinerinnen und Berlinern eine differenzierte Mischung aus Mobilitätsangeboten entwickeln: elektrische Busse und Bahnen, geräusch- und abgasarme Ver- und Entsorgung, eine gute, flächendeckende Ladeinfrastruktur, ein dichtes Netz an Car- und Fahrradsharing, eine bessere Vernetzung.

SO WÜNSCHEN WIR UNS DEN VERKEHR:

- > Im Mittelpunkt kommunaler Verkehrspolitik müssen die Bedürfnisse der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer stehen: der Kinder, älteren Menschen, der Behinderten. Das heißt sichere Schulwege, sichere Fußgängerübergänge, barrierefreie Busse und Bahnhöfe und mehr.
 - > Wir fördern auch im Interesse der Gesundheit und des Klimaschutzes den Radverkehr und setzen uns für Bus und Bahn ein. Wir wollen mehr Radwege, mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und eine Ausweitung der Busspuren etc.
 - > Gegen die „autogerechte Stadt“ setzen wir die gerechte Verteilung von Flächen, mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr. Wir wollen Straßen und Plätze, die von allen gleichberechtigt genutzt werden können und Orte, an denen man sich gerne aufhält und verweilt.
-



4 LOKALES GEWERBE FÜR DIE MENSCHEN – DAS BRINGT DEN WIRTSCHAFTLICHEN AUFschwUNG

Trotz starker Konkurrenz: Die Bahnhofstraße hat eine Zukunft. Auch dank des bündnisgrünen Einsatzes profitiert Lichtenrades Einkaufsstraße von dem bundesweiten Programm „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte“ (ISEK) und kann sich damit als „Aktives Stadtzentrum“ behaupten.

In zahlreichen Bürgerrunden diskutierten örtliche Geschäftsleute sowie Anwoh-

nerinnen und Anwohner, welche Probleme der Straße überwunden werden müssen und was verändert werden soll. Auf dieser Grundlage wurde eine Planung entwickelt, die nun in den kommenden Jahren umgesetzt wird.

Aber damit ist die Bahnhofstraße noch nicht gesichert. Der Ortsteil braucht einen Plan, wie die alte Mälzerei, ein Baudenkmal der Industriearchitektur des ausgehenden

19. Jahrhunderts, in das „Aktive Stadtzentrum“ eingebunden werden kann. Die Zukunft der Bahnhofstraße wird auch wesentlich davon abhängen, wie die Trassenführung der künftigen Dresdner Bahn aussehen wird und ob es gelingt, eine Teilung Lichtenrades durch die Bahngleise zu verhindern. Dies ist nur mit einem Eisenbahntunnel möglich, der in der Lichtenrader Bevölkerung deshalb breite Unterstützung findet.

ÖRTLICHE GESCHÄFTE STATT NEUER DISCOUNTER

Den auf der Lichtenrader Bahnhofstraße eingeschlagenen Weg werden wir auch auf anderen Straßen beschreiten. Wir setzen auf neue Impulse für die bezirklichen Einkaufsstraßen und berücksichtigen dabei jeweils die unterschiedlichen Voraussetzungen und Anforderungen.

Schon kleine Maßnahmen können große Erfolge zeigen, etwa die Umgestaltung einzelner Parkplätze zu Fahrradabstellplätzen. Das entspricht dem gestiegenen Radverkehr und dem Verkehrsverhalten vieler Kundinnen und Kunden. Da, wo es ebenfalls ins Umfeld passt und von den Anwohnerinnen und Anwohnern akzeptiert wird, wollen wir bei den bestehenden Discountern auf eine stärkere Flächennutzung achten, gegebenenfalls für überdimensionierte Parkplätze eine sinnvollere Nutzungsmöglichkeit finden.

Die Überlegungen, am Tempelhofer Damm einen Business Improvement District (BID) einzurichten, werden wir in diesem Sinn weiterhin konstruktiv begleiten. In Hamburg und Bremen machte man mit solchen BIDs, in denen sich Grundeigentümer und Gewerbetreibende über ein gemeinsames Vorgehen verständigen müssen, um Verbesserungen der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen zu erreichen, be-

reits gute Erfahrungen. Unser Ziel ist eine attraktive, gut an- und eingebundene Versorgungsinfrastruktur, die von den Berlinerinnen und Berlinern gut angenommen wird.

Um den Tempelhofer Damm als aufenthaltswürdige Einkaufsstraße zu gestalten, schlagen wir vor, den Schwerlastverkehr so weit wie möglich zurückzudrängen. Dafür können die ansässigen Geschäfte etwa ihren Lieferverkehr bündeln. Außerdem sollte die Anzahl der Parkplätze überprüft werden. Bei allem aber ist die Zukunftsplanung für den Tempelhofer Damm nicht allein Sache der Immobilieneigentümer und Gewerbetreibenden. Alle Anliegerinnen und Anlieger, also auch die Mieterinnen und Mieter, müssen angemessen Gehör finden.

NETZWERKE MIT NEUEN IDEEN FÜR DAS GEWERBE

In Tempelhof-Schöneberg wird nicht nur eingekauft, hier wird auch produziert. Deshalb wollen wir die bestehenden Gewerbeflächen dauerhaft für die Weiterentwicklung der Gewerbebetriebe sichern und so zum Erhalt der Arbeitsplätze beitragen.

Doch die Handwerksbetriebe, die kleinen und mittelständischen Unternehmen, sehen sich verstärktem Konkurrenzdruck ausgesetzt, dem sie nur durch ständige Innovation und durch Kooperation in den unterschiedlichsten auch regionalen Netzwerken standhalten können. Ein besonders gelungenes Beispiel erfolgreichen Netzwerkes sehen wir in der Initiative „Null Emission“ (Nemo) des Netzwerkes Motzener Straße in Marienfelde. Im Januar 2015 starteten die Netzwerk-Unternehmen mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums das erste Klimaschutz-Teilkonzept für ein Berliner Industriegebiet. Das ehrgeizige Ziel, das sich die Unternehmen gesteckt ha-

ben: Bis 2020 wollen sie die CO₂-Emissionen ihrer Betriebe um 40 Prozent, bis 2050 um 95 Prozent senken. Auf dem Weg dahin hilft ein wie ein Barometer funktionierender Emissions-o-Meter den Betrieben beim Energiesparen, macht die Ergebnisse transparent und damit nutzbar für Marketing und Werbung. So verbinden Klimaschutz und Innovation die Sicherung von Standort und Arbeitsplätzen.

Die Begleitung und Stärkung solcher Netzwerke ist eine der wichtigen Säulen der bezirklichen Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus wollen wir die verschiedenen Netzwerke, egal, ob sie sich der Entwicklung eines bestimmten Standortes, einer gemeinsamen Ausbildungsinitiative, dem kooperativen Marketing oder dem Umweltschutz widmen, zur verstärkten Zusammenarbeit untereinander anregen, und können so die beteiligten Unternehmen enger an ihren Standort in Tempelhof-Schöneberg binden.

NEUE STANDORTE FÜR NEUE BETRIEBE

Eine wachsende Stadt braucht wachsendes Gewerbe. Da reicht die Sicherung vorhandener Gewerbeflächen nicht aus, hier müssen nicht allein für Startups und junge Betriebe weitere Standorte geschaffen werden.

Wir Grünen haben die Planungen des EUREF-Geländes kritisiert und hätten uns eine andere Bebauung des Areals rund um den Gasometer gewünscht. Doch grundsätzlich gilt: Dass hier ein Standort für die Erforschung und Entwicklung der E-Mobilität entsteht, begrüßen wir, haben wir unterstützt und werden wir weiter unterstützen. Gleichzeitig beharren wir darauf, dass auch ein Projekt mit solch innovativen Unternehmenszielen in Dimensionen realisiert werden muss, die dem bezirklichen Umfeld

angemessen sind. Es darf nicht dazu führen, dass im Interesse eines Investors geltendes Planungsrecht außer Kraft gesetzt wird.

Auch wenn ein Teil der Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof zurzeit noch als Flüchtlingsunterkunft benötigt wird: Das Flughafengebäude selbst, bisher nur teilweise für eine Nachnutzung instand gesetzt, wäre ein idealer Standort für ein Gründerzentrum, für ein Zentrum der Kultur- und Kreativwirtschaft. Bei den dafür erforderlichen Bauarbeiten ließen sich die unterschiedlichen Bedürfnisse der klein- und mittelständischen Betriebe und Kultureinrichtungen besonders berücksichtigen. Dazu könnte von Beginn an eine Vor-Ort-Anlaufstelle der Kultur- und Wirtschaftsförderung einen Impuls für die Stärkung der Betriebe während ihrer Gründungsphase geben.

Wir sagen: Das frühere Flughafengebäude kann ein über Bezirks- und Stadtgrenzen hinaus bedeutender Standort für Startups und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft werden.

FAIR ÜBER DIE BEZIRKS- GRENZEN HINAUS

Grüne treten für eine faire Wirtschaft ein: Für eine Wirtschaft, die nachhaltig mit der Umwelt umgeht; für eine Wirtschaft, die vorhandene Ressourcen gerecht verteilt; für eine Wirtschaft, die nicht allein die Interessen der Unternehmen, sondern auch die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fair berücksichtigt. Das gilt im Bezirk und global. Dass Tempelhof-Schöneberg nun erste Schritte unternommen hat, Mitglied des internationalen Netzwerks der Fair-Trade-Städte zu werden, geht allein auf unsere grüne Initiative zurück.

Für viele Verbraucherinnen und Verbraucher steht fest: Sie wollen keine Produkte mehr, die unter Bedingungen von Sklavenarbeit und von Kindern hergestellt oder unter Auspressung der örtlichen Produzenten billig auf den Weltmarkt geworfen werden. Alternativen sind u.a. Nahrungs- und Genussmittel, für die die oft genossenschaftlich organisierten Erzeuger in Schwellen- und Entwicklungsländern einen auskömmlichen Preis erzielen. Solche fair produzierten und gehandelten Artikel müssen nicht einmal viel teurer als die anderen sein.

Aber wo findet die Verbraucherin, der Verbraucher einen solchen „fairen“ Artikel? Wir wollen, dass der Bezirk den Bürgerinnen und Bürgern dazu eine Handreichung bietet, eine immer größer werdende Liste von örtlichen Geschäften und Produkten, die man dort „fair“ kaufen kann. Wir wollen, dass die bestehenden Netzwerke der bezirklichen Wirtschaft für die Verwendung von Fair-Trade-Produkten gewonnen werden. Schließlich muss sich auch die Bezirksverwaltung selbst ihrer Verbraucherverantwortung bewusst werden und somit

etwa beim Materialeinkauf, wo immer möglich, auf das Fair-Trade-Siegel achten.

FÖRDERN, ABER MIT KLAREN STRUKTUREN

Wenn sich gleich mehrere Institutionen um die Wirtschaftsförderung kümmern, heißt das noch lange nicht, dass die Wirtschaft auch mehr Förderung erfährt. Im Gegenteil: Gerade für kleinere Unternehmen ist kaum noch überschaubar, welche Fördermöglichkeiten es für sie gibt und schwer herauszufinden, wo sie den kompetenten, zuständigen Ansprechpartner antreffen können.

Darum wollen wir die bestehenden Doppelstrukturen zwischen der bezirklichen Wirtschaftsförderung und der bezirklichen Anlaufstelle des Landesunternehmens „Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH“ abbauen. Wir wollen prüfen, ob die Anlaufstelle von „Berlin Partner“ in die bezirkliche Wirtschaftsförderung integriert und damit die Anzahl der Ansprechpartner für die Unternehmen reduziert werden kann.

DREI PUNKTE FÜR EIN FLORIERENDES GEWERBE IM BEZIRK:

- > Die Einkaufsstraßen des Bezirks müssen attraktiver werden, um die örtlichen Geschäfte für den Wettbewerb mit neu gebauten Discountern, mit dem Internethandel und Einkaufszentren am Stadtrand zu wappnen.
- > Die vorhandenen Standorte für Handwerk und produzierendes Gewerbe sind langfristig zu sichern, neue Standorte zu schaffen – immer in Dimensionen, die dem jeweiligen bezirklichen Umfeld angemessen sind.
- > Wir wollen die Förderung der Unternehmensnetzwerke intensivieren und Doppelstrukturen der Wirtschaftsförderung abbauen.



5 SOZIALPOLITIK FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE

Ein Ergebnis grüner Gesundheits- und Sozialpolitik: Seit dreieinhalb Jahren hat Tempelhof-Schöneberg am Tempelhofer Damm seine neue Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle. Mit dem „Drogennotdienst“ bekam für die Beratungsstelle ein Betreiber den Zuschlag, der sich sowohl an Betroffene als auch an Angehörige wendet, der den verschiedenen Zielgruppen wie Jugendlichen, Eltern, Seniorinnen und Senioren speziell zugeschnittene Hilfeleistungen anbietet und dazu auch weitgehend die geschlechtsspezifischen Aspekte der Drogenabhängigkeit berücksichtigt. Dafür ist die Beratungsstelle FAM

(Frauen, Alkohol, Medikamente) für Frauen eine wichtige Anlaufstelle, vor allem, wenn es um Medikamente geht, und muss erhalten bleiben.

Am Tempelhofer Damm wird nicht nur beraten, die Beratungsstelle vermittelt Betroffene in Krisenwohnungen, wo sie bis zu vier Wochen leben können. Zudem verfügt die Beratungsstelle über Werkstätten, die den Abhängigen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Die Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle können auch so genannte „Illegale“ aufsuchen, ohne dass diese befürchten müssen, der Polizei oder Ausländerbehörde überstellt zu werden.

Damit steht die Beratungsstelle für eine Praxis, die soweit wie möglich grünen Vorstellungen einer auf Integration und (Wieder-) Eingliederung in die Gesellschaft gerichteten Sozial- und Gesundheitspolitik entspricht. Sie wendet sich diskriminierungsfrei an alle Betroffenen und berücksichtigt dabei aber immer die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Gruppen bzw. Personen.

MENSCHEN MIT PSYCHISCHEN ERKRANKUNGEN - INKLUSION DURCH ARBEIT UND WOHNEN

Auf die Bedürfnisse von Menschen mit Handicap oder psychischen Beeinträchtigungen einzugehen heißt: Sie bekommen die Möglichkeit einer sinnvollen Arbeit, mit der sie ihre Fähigkeiten und sich selbst in die Gesellschaft einbringen. Mit dem Projekt „Betreute Arbeit“ berücksichtigt grüne Gesundheits- und Sozialpolitik die persönlichen Interessen und Ressourcen der Beteiligten und führt sie damit gleichzeitig an die reale Arbeitswelt und den umgebenden Sozialraum heran.

Sieben Träger der ambulanten psychiatrischen Versorgung haben sich zur „Qualitätsgemeinschaft Betreute Arbeit in Tempelhof-Schöneberg GbR“ zusammengefunden und 75 Arbeitsplätze geschaffen. Hier erlernen die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht nur die unterschiedlichsten Fertigkeiten. Hier trainieren sie Durchhaltevermögen und gewöhnen sich daran, Verantwortung zu übernehmen.

Wir wollen für mehr Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen Beschäftigungsangebote schaffen, nicht als einmalige Modellprojekte, sondern als ständige Einrichtungen. Wir wollen in Schöneberg ein

Fairkaufhaus, betrieben von Menschen mit psychischen Handicaps, eröffnen. Wir unterstützen das berlinweit einmalige Netzwerk „Irre gut wohnen für alle“, das Menschen mit seelischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen bei der Wohnraumsuche unterstützt. Bei Neubauvorhaben wollen wir weitere Wohnangebote für diesen Personenkreis schaffen, wie es uns mit dem „Haus der Parität“ oder der Wohngemeinschaft für Jugendliche im Bauvorhaben Geisbergstraße gelungen ist.

GESUNDHEITSAMT SOLL MUSTERBEHÖRDE WERDEN

Eckpfeiler einer kommunalen Gesundheitspolitik ist ein funktionierendes Gesundheitsamt. Was wir dazu anstreben: Die Aufwertung unseres Gesundheitsamtes zu einem „Mustergesundheitsamt“. Dafür wäre allerdings die Erweiterung um 30 zusätzliche Stellen erforderlich. Eine Erweiterung, die angesichts der gewachsenen Herausforderungen, insbesondere durch den starken Zugang nach Berlin oder die erneuten Ausbrüche von z.B. Masern sowie durch die daher erforderlich gewordenen zusätzlichen Impfmaßnahmen, angemessen ist.

Allerdings braucht es dazu auch eine andere Senatspolitik, denn Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst verdienen monatlich rund 1.000 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Praxen und Krankenhäusern. Da viele ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in absehbarer Zeit aus dem Behördendienst ausscheiden, wird die Unterbesetzung zunehmen. Um dem entgegenzuwirken, setzen wir uns gemeinsam mit den Berufsorganisationen der Mediziner für eine Ausstattung und Bezahlung des Personals im öffentlichen Gesundheitsdienst entsprechend seiner Aufgaben ein.

FRÜHE HILFEN

Gesundheitsämter sind kein Selbstzweck, sie sind für die Bevölkerung da, besonders für die Kleinsten. Mit Ersthausbesuchen, Familienhebammen und Kinderschutz wollen wir sie bei einem möglichst gesunden Start ins Leben unterstützen. Frühe Hilfen sollen dazu beitragen, dass alle Kinder gleiche Startchancen ins Leben haben. Präventionsketten sollen dafür sorgen, dass Hilfen aufeinander aufbauen.

Kommunale Gesundheitspolitik beschränkt sich für uns nicht nur auf das Gesundheitsamt. Der Bezirk betreibt keine eigenen Krankenhäuser, hat also nur wenig direkten Einfluss auf die Kliniken vor Ort. Dennoch sehen wir es als Aufgabe des Bezirks an, darauf hinzuwirken, dass das Wenckebach-Klinikum, das St. Joseph-Krankenhaus und das Auguste-Viktoria-Klinikum mit ihrer guten Ausstattung und dem qualitativ hochwertigen Angebot den Menschen unseres Bezirkes weiterhin zur Verfügung stehen.

SELBSTBESTIMMT IM EIGENEN KIEZ UND EXISTENZIELL ABGESICHERT ALT WERDEN

Der Anteil älterer und sehr alter Menschen nimmt immer mehr zu, besonders im Süden des Bezirkes. Wir wollen, dass die Älteren so lange wie möglich in ihren Wohnungen wohnen bleiben können. Dazu braucht es nicht nur bezahlbaren Wohnraum, sondern auch Bänke und abgesenkte Bürgersteige, den Arzt um die Ecke und Beratung und Unterstützung, wie sie z.B. die Pflegestützpunkte und das Sozialamt anbieten. Wer Grundsicherung im Alter bekommt – und das werden leider immer mehr Menschen sein – soll die ihm

oder ihr zustehenden Leistungen schnell und unkompliziert erhalten. In den Seniorenfreizeitstätten und in der Seniorenarbeit soll es weiter ein breites Angebot geben, das auch Migrantinnen und Migranten anspricht und von Seniorinnen und Senioren mit kleiner Rente in Anspruch genommen wird.

JOBCENTER MUSS FÖRDERMÖGLICHKEITEN AUSSCHÖPFEN

Viele Menschen unseres Bezirkes sind auf die Unterstützung durch das Jobcenter angewiesen, beziehen zum Teil sogar ihren gesamten Lebensunterhalt vom Jobcenter. Da die Verantwortung für das Jobcenter bei der Bundesagentur für Arbeit liegt, beschränkt sich die Zuständigkeit des Bezirkes auf die Wohnkosten der Anspruchsberechtigten.

Dennoch machen wir uns mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür stark, dass die vom Jobcenter durchgeführten Maßnahmen für die beteiligten Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II als auch für die Menschen unseres Bezirkes sinnvoll sind und nicht einfach nur, wie das Gesetz es verlangt, „zusätzliche Arbeitsgelegenheiten“ bieten.

Positives Beispiel einer sinnvollen Maßnahme ist das Projekt „Kafka“ (kein Alkohol für Kinder Aktion). Das Projekt wird vom Jobcenter gefördert. Mit diesem Projekt sensibilisieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Geschäfte im Bezirk, die auch Alkohol verkaufen, und machen dort auf die Bestimmungen des Jugendschutzes aufmerksam. Dieses Projekt wurde gerade verlängert. Wir wollen, dass es langfristig gesichert wird.

Um mehr solche Projekte auf den Weg zu bringen, muss das Jobcenter seine Möglichkeiten ausschöpfen, sich auch regelmäßig um Mittel aus den vom Bund angebotenen

Sonderprogrammen zur Förderung von Langzeitarbeitslosen und „Schwer Vermittelbaren“ bewerben.

FLÜCHTLINGE IN DEN BEZIRK INTEGRIEREN

Die Versorgung und Integration von Flüchtlingen wird auf längere Zeit eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe bleiben. Wir nehmen gemeinsam mit dem Bezirksamt, den Flüchtlingsorganisationen, Kirchen, Vereinen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern diese Herausforderung an und gestalten aktiv die Integration von Geflüchteten im Bezirk. Wir unterstützen die Willkommenskultur, die sich in Tempelhof-Schöneberg herausgebildet hat.

Der Bund fordert zwar von allen Geflüchteten Integrationsbereitschaft und Integration, schließt gleichzeitig aber große Gruppen von Geflüchteten pauschal von den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angebotenen Integrationskursen aus. Wir sagen: Solange dies so bleibt, müssen alle Flüchtlin-

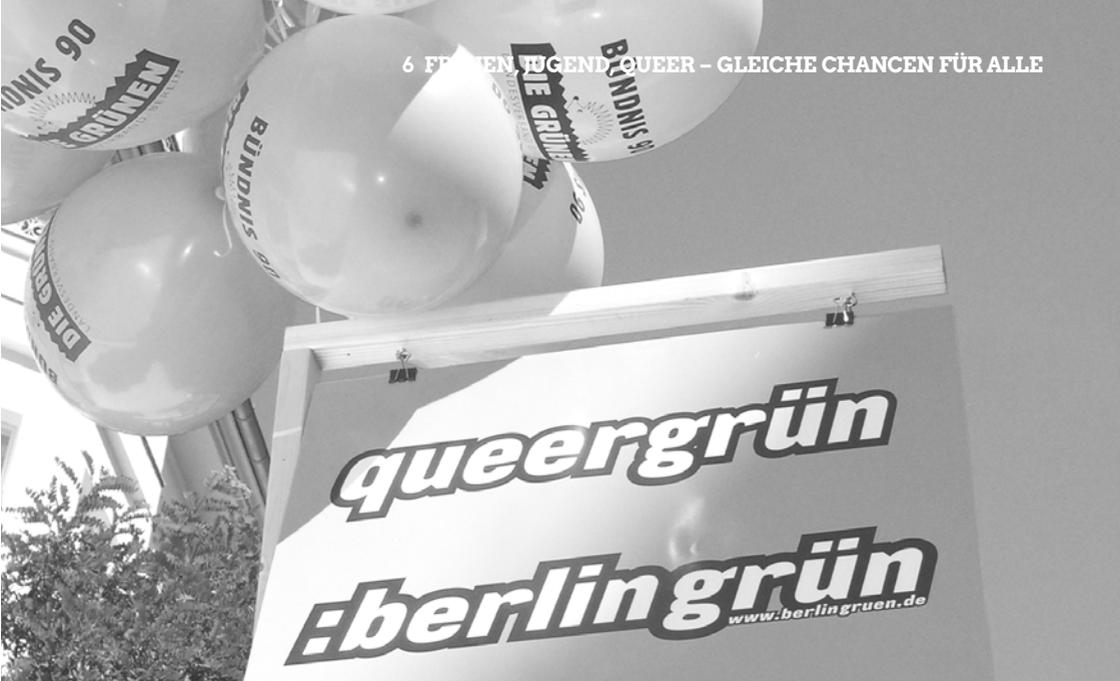
ge zumindest in einem Sprachkurs der Volkshochschulen Deutschgrundkenntnisse erwerben können. Damit die Interessierten nicht zu lange auf die Teilnahme an solchen Kursen warten müssen, treten wir für eine deutliche Ausweitung der jetzt schon überlaufenen Kurse der Volkshochschule (VHS) im Bezirk ein.

Derzeit besucht lediglich zwischen 10 und 15 Prozent aller Flüchtlingskinder eine Kindertagesstätte. Eine bezirklich mehrsprachige Informationsinitiative, die die Eltern in den Unterkünften über das kostenfreie Kita-Angebot sowie seine Bedeutung für den weiteren Schulerfolg aufklärt, kann dazu beitragen, dass das Kita-Angebot Flüchtlingskinder besser als bisher erreicht.

Ohne Arbeit wird es keine Integration der Geflüchteten geben. Auf Bezirksebene wollen wir mit beruflichen Netzwerken, koordiniert z.B. durch die bezirkliche Wirtschaftsförderung, potenzielle Arbeitgeber und Flüchtlinge möglichst früh zusammenbringen. Den Geflüchteten ersetzt das die naturgemäß fehlenden Kontakte, den Unternehmen erleichtert es die Rekrutierung neuer Kräfte für Stellen, die ansonsten kaum noch besetzt werden können.

DAS WOLLEN WIR FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES:

- > Wir wollen 30 zusätzliche Stellen für unser Gesundheitsamt, um ein „Mustergesundheitsamt“ zu werden. Angesichts gesetzlicher Aufgaben und der vermehrten Herausforderungen, z. B. bei den zusätzlich erforderlich gewordenen Impfungen, ist der Zuwachs um diese Stellen durchaus angemessen. Dazu ist eine geänderte Politik auf Landesebene notwendig.
- > Wir setzen uns im Rahmen der bezirklichen Zuständigkeiten dafür ein, dass das Jobcenter seine Möglichkeiten voll ausschöpft und sich intensiv auch um Mittel aus den unterschiedlichen Förderprogrammen bewirbt. Sinnvolle Projekte des Jobcenters müssen in dauerhaftes Engagement überführt werden.
- > Bei der Integration von Geflüchteten müssen die bezirklichen Volkshochschulen mit der Erweiterung des Deutschkursangebotes ihrer Aufgabe gerecht werden. Berufliche Netzwerke, koordiniert etwa von der bezirklichen Wirtschaftsförderung, sollen Geflüchtete und potenzielle Arbeitgeber zusammenbringen.



6 FRAUEN, JUGEND, QUEER – GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE

Ein Straßenfest strahlt seit Jahren über den Kiez, über den Bezirk hinaus und führt nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Bundesgebiet vor Augen: Tempelhof-Schöneberg steht für die Vielfalt der Lebensformen, für gelebte Toleranz und Akzeptanz. Fast eine halbe Million Besucherinnen und Besucher zieht das Lesbisch-schwule Stadtfest (Motzstraßenfest) alljährlich an. Was 1993 unter dem Motto „Gemeinsam sicher leben“ als Zeichen gegen Homophobie gedacht war, entwickelte sich zum größten lesbisch-schwulen Stadtfest Europas.

Doch um aus der bei dem Fest demonstrierten Gleichberechtigung der Ge-

schlechter und sexuellen Orientierungen gelebten Alltag zu machen, gibt es auch in Tempelhof-Schöneberg noch genug zu tun.

STARKE MÄDCHEN UND FRAUEN GEGEN GEWALT UND SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Gewalt -und Diskriminierung ist an allen Orten – gleich ob im privaten Bereich oder in der Öffentlichkeit – entschieden entgegen zu treten. Der Ausspruch „Nein heißt

Nein“ ist niemals verhandelbar. Er ist Ausdruck eines von Respekt und Würde geprägten Miteinanders. Dies zu fördern, ist Leitlinie unserer bezirklichen Antidiskriminierungspolitik.

Häusliche Gewalt ist auch heute noch traurige und häufige Realität. In Berlin wurden nach offiziellen Angaben im Jahr 2014 insgesamt über fünfzehntausend Fälle häuslicher Gewalt bei der Polizei registriert. Weil solche Vorfälle nach wie vor ein Stigma darstellen, ist von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen. Wir haben erreicht, dass das Bezirkspersonal für das Thema sensibilisiert wird und unbürokratisch Hilfe vermitteln kann. Weit über zweitausend Frauen und Kinder haben in den Berliner Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen Schutz und Hilfe gesucht.

Wo immer es nötig ist, muss sich der Bezirk für ausreichend Plätze in solchen Einrichtungen einsetzen. Soziale Verantwortung hat für uns hier klaren Vorrang vor einer Verwertung auf dem Berliner Immobilienmarkt. Deshalb haben wir Grüne uns dafür stark gemacht, dass zum Beispiel das Heim der AWO (Arbeiterwohlfahrt) in Lichtenrade eine Unterkunft für geflüchtete Frauen und deren Kinder wird.

Respektlosigkeit und sexuelle Belästigung müssen auch viele Anwohnerinnen des seit Jahrzehnten mit der Prostitution verbundenen Kurfürstentempelhof-Kiezes erleben. Kriminalität, der Ausbeutung von Sexarbeiterinnen sowie der Prostitution vor Kinder- und Jugendeinrichtungen muss entschieden entgegengetreten werden. Doch der Versuch eines pauschalen Verbots der Prostitution im Kiez wird da nicht weiterhelfen. Ein solches Verbot würde nur zu einer Verlagerung des Problems, zu einem Katz-und-Maus-Spiel von Polizei, Prostituierten und Freiern führen. Wir sagen: Anwohnerinnen als auch Sexarbeiterinnen haben Anspruch

auf Respekt und müssen vor Gewalt und Belästigung sicher sein. Bei der Bürgerausstellung „Nachbarschaft und Prostitution“ wurden verschiedene Vorschläge gesammelt, wie das erreicht werden könnte. Eine einfache Lösung gibt es nicht, es kommt darauf an, dass sich alle damit befassen. Behörden auch wirklich zuständig und verantwortlich zeigen.

Der beste Schutz gegen Gewalt und Diskriminierung von Frauen und Mädchen sind starke und selbstbewusste Frauen und Mädchen. Ihre Stärke können Mädchen zum Beispiel im Café Pink in der Schöneberger Goltzstraße erfahren und entwickeln, einem seit über 20 Jahren aktiven interkulturellen Treffpunkt für Mädchen und junge Frauen ab zehn Jahren. Hier betätigen sich die Besucherinnen zum Beispiel in der Theater- oder der Kreativwerkstatt und nehmen an abwechselnden Projekten gegen Diskriminierungen aller Art teil. 2015 hat die bündnisgrüne Abgeordnetenhausfraktion die Arbeit des Café Pink mit dem jährlich verliehenen Hatun-Sürücü-Preis gewürdigt. Wir brauchen viel mehr solcher Projekte mit einer kontinuierlichen Anerkennung und Förderung durch alle Ebenen von Politik und Verwaltung.

Es geht nicht allein darum, an ausgewählten Orten Schutzräume für Frauen zu schaffen oder einzelne Mädchenprojekte zu fördern. Es geht darum, die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuellen Orientierungen in allen Bereichen der Gesellschaft, in Freizeit und Beruf durchzusetzen. Denn alle haben einen gleichberechtigten Anspruch, von den Angeboten des Bezirks zu profitieren, sei es bei Sportstätten, der Seniorenarbeit, den Jugendfreizeiteinrichtungen oder in anderen Bereichen.

DER HOMO- UND TRANS- PHOBIE AUF ALLEN EBENEN ENTGEGENTRETEN

Gerade weil der Motzstraßenkiez nach wie vor Berlins erste Adresse für schwules Leben ist, sind Lesben und Schwule hier auch Zielscheibe von Hass und Gewalt. Um homophober und transphober Gewalt zu begegnen, muss der Bezirk mit der Polizei und allen Akteurinnen und Akteuren vor Ort an einem Strang ziehen. Dafür braucht es Sozialarbeit für Stricher genauso wie achtsame Wirte und eine kieznahe Polizei. Darum setzen wir uns dafür ein, dass der Polizeiabschnitt im Schöneberger Norden erhalten bleibt und auf keinen Fall fusioniert wird.

Unser Bezirk übt eine große Anziehungskraft für Lesben und Schwule jeden Alters aus. Beratungs- und Betreuungsangebote müssen sich auf die unterschiedlichen Notwendigkeiten einstellen. Dazu gehört neben Schutzräumen für Diskriminierungsopfer, Jugendhilfe und Gesundheitsprävention auch queeres altersgerechtes Wohnen. Diese Entwicklung wollen wir weiterverfolgen und verstärken.

Homo- und Transphobie lässt sich aber nachhaltig nur durch das aktive Werben für Akzeptanz und den Abbau von Vorurteilen begegnen. Das Projekt „All Included“ des Jugendmuseums in der Hauptstraße leistet wahre Pionierarbeit. Kinder und Jugendliche können sich in altersgerechten Workshops zum Thema Geschlechtergerechtigkeit und vielfältige Lebensweisen mit ihren Fragen einbringen.

JUGENDARBEIT FÜR EINE TOLERANTE GESELLSCHAFT

Die Basis einer weltoffenen toleranten Gesellschaft wird in der Jugendarbeit gelegt.

Jugendarbeit darf sich nicht nur darauf beschränken, Angebote für Freizeitaktivitäten oder irgendwelche Kurse anzubieten, sie muss die Jugendlichen und ihre Familien bei der Erarbeitung der Angebotspalette und vor allem bei der inhaltlichen Gestaltung mit einbinden. In diesem Sinn unterstützen wir das Kinder- und Jugendparlament, auf das der Bezirk stolz sein kann. Seit vielen Jahren ist es überdurchschnittlich aktiv und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum frühen demokratischen Miteinander und bringt die Perspektive der Kinder und Jugendlichen in die Bezirkspolitik ein.

Bei den Kitas und den Angeboten von Tageseltern gilt es, die quantitative Versorgung zu gewährleisten und Plätze ausbauen. Gleichzeitig darf die Qualität nicht darunter leiden. In allen Teilen des Bezirks, insbesondere in Marienfelde und Lichtenrade, wird ein steigender Bedarf prognostiziert. Träger, die neue Einrichtungen eröffnen oder bestehende ausbauen wollen, müssen unterstützt werden. Dazu benötigen wir aber auch mehr Erzieherinnen und Erzieher, in die Ausbildung muss investiert und für die Ausbildung geworben werden.

Dass das Kita-Angebot auch nicht unter dem Druck eines Sparzwanges ausgedünnt werden muss, zeigt das Beispiel der evangelischen Kita in der Albrechtstraße. Diese sollte vor fünf Jahren geschlossen werden. Dank grünem Engagement ist sie inzwischen nicht nur gesichert, sondern entsprechend der gestiegenen Nachfrage deutlich vergrößert worden.

Statt der von der rot-schwarzen Koalition jetzt auch für die unter dreijährigen Kinder beschlossenen schrittweisen Einführung der Gebührenfreiheit für Kitas hätten wir Grünen einer stärkeren Qualitätsverbesserung und dem Kitaausbau den Vorrang gegeben. Dies entspricht auch den

Forderungen vieler Eltern und Fachleute. Wir werden nun auf Landesebene darauf achten, dass die gleichzeitig beschlossene Verbesserung des Personalschlüssels für die unter dreijährigen Kinder in den Kitas auch wirklich ankommt. Insbesondere setzen wir uns für flächendeckende Sprachförderangebote sowie Inklusions- und Integrationsangebote auch in unserem Kita-Eigenbetrieb ein.

FAMILIENSERVICEBÜRO IN BETRIEB NEHMEN, FAMILIENZENTREN AUSBAUEN

Ein Ärgernis für viele Familien, die die Hilfe des Jugendamtes suchen: Statt schnell und unbürokratisch Unterstützung zu erhalten, werden sie von einer Abteilung an die nächste verwiesen, landen in ständig wechselnden Weiterleitungsschleifen. Um das abzustellen, muss das FamilienServiceBüro endlich in Betrieb gehen und sich servicefreundlich etablieren.

Wir wollen, dass Familienzentren zum festen Bestandteil der Familienpolitik werden. In den vergangenen Jahren sind durch das Landesprogramm Berliner Familienzentren mit dem Luckeweg, der Götz- und der Steinmetzstraße im Bezirk drei neue Zentren hinzugekommen. Das ist uns nicht genug. Es müssen mehr Kindertagesstätten zu Familienzentren ausgebaut werden. Diese Zentren können in die Kieze hineinwirken, Angebote für Eltern- Integrationsarbeit sowie Nachbarschaftshilfe bündeln. Kieznahe im Sozialraum verankerte Familienzentren sind der Schlüssel für Hilfen, die früh bei denen ankommen, die sie benötigen.

Schlecht bestellt ist es derzeit um die Jugendfreizeiteinrichtungen unseres Bezirks. Es gibt keine erkennbare Planung,

wie die Gebäude instand gehalten werden sollen. Es herrscht Personalnotstand. Viele Stellen sind unbesetzt. Die Angebote müssen bedarfsgerechter ausgerichtet werden. Dazu bräuchte es Zielvereinbarungen mit den einzelnen Einrichtungen, mit welchen Angeboten welche und wie viele Jugendliche erreicht werden sollen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang seit Jahren für eine Evaluation der Jugendarbeit ein.

Die dringendste Aufgabe heißt hier: Konsolidierung! Die verschiedenen Einrichtungen müssen finanziell, baulich und mit ihren inhaltlichen Angeboten so fit gemacht werden, dass sie zu tatsächlichen Anlaufpunkten der Kinder und Jugendlichen ihrer Region werden. Für die baulichen Sorgenkinder wie die „Burg“ in Friedenau sind langfristige Lösungen zu finden.

Als Grundlage künftiger Jugendarbeit wollen wir einen Jugendhilfeplan erstellen, in welchem Chancengerechtigkeit und Teilhabe für die Jugendlichen als Ziele festgelegt werden. Wir wollen Jugendzentren, die in der täglichen Arbeit diese Zielvorstellung praktizieren und den Jugendlichen die Vielfalt der Lebensentwürfe erfahrbar machen, ihnen beibringen, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Glaube zu akzeptieren und zu respektieren sind. Um das umzusetzen, wird es notwendig sein, die Personalsituation in den Jugendzentren zu verbessern, aber auch mehr Jugendliche mit interessanten Angeboten in die Jugendzentren zu ziehen.

FÜR EINEN JUGENDFREUNDLICHEN UND GESCHLECHTERGERECHTEN BEZIRK:

- > Unsere Kinder- und Jugendfreizeitzentren müssen baulich, personell und inhaltlich fit gemacht werden, um ihre gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Den Kindern und Jugendlichen soll die Vielfalt der Lebensentwürfe erfahrbar gemacht und ihnen vermittelt werden, dass alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Glaube zu akzeptieren und zu respektieren sind.
 - > Wir setzen uns für Schutzräume für von Gewalt bedrohte Frauen ein. Gleichermaßen sollen solche Räume für Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden, zur Verfügung stehen.
 - > Kitaplätze müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die inklusive und vor allem integrative frühkindliche individuelle Förderung muss dabei im Vordergrund stehen.
-



7 NACHBARSCHAFT, FREIZEIT, SPORT – HIER HÄLT EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT DIE GESELLSCHAFT ZUSAMMEN

Selten zuvor wurde es so deutlich wie bei der Versorgung der Geflüchteten in den Unterkünften unseres Bezirks, wie im ehemaligen Rathaus Friedenau, in den Hangars von Tempelhof und anderswo: Ohne die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Willkommensbündnisse, ohne das Engagement der Kirchenkreise,

der vielen Sport- und anderen Vereine, ohne den Einsatz der unzähligen ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen, die spontan ihre Unterstützung anboten, hätte die staatliche Verwaltung ihre Aufgaben nicht bewältigen können.

Hier zeigte sich die lebendige, engagierte Nachbarschaft von ihrer stärksten

Seite - offen für die „Neuen“. Dies stärkte auch die Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil. Wir wollen ein gutes, angenehmes und diskriminierungsfreies Zusammenleben aller Menschen. Deshalb unterstützen wir nachbarschaftliche Aktivitäten, ehrenamtliches Engagement und Akteure und Einrichtungen, die zur Förderung des Miteinanders und einer guten Nachbarschaft beitragen, von Mieterräten über Nachbarschaftszentren bis zu den Sportvereinen.

Die Erfahrung vor allem der letzten Monate beweist: Staat und Verwaltung können nur mit gesellschaftlichem Engagement der Bürgerinnen und Bürger funktionieren, umgekehrt sind auch die Initiativen und Ehrenamtlichen auf die Unterstützung der Verwaltung angewiesen. Um beispielsweise in den Flüchtlingsunterkünften kontinuierlich und sinnvoll zu arbeiten, brauchen sie schnelle und unbürokratische Zugangsmöglichkeiten. Leitfäden mit Praxistipps auf bezirklicher Ebene würden nicht nur Ehrenamtlichen, die sich neu engagieren, die Orientierung erleichtern. Schließlich brauchen wir das hauptamtliche Personal, das ehrenamtliches Engagement koordiniert, die Bildung von Netzwerken fördert und damit den freiwilligen Helferinnen und Helfer unterstützend zur Seite steht.

SCHWIMMEN LERNEN MIT PATENSCHAFT

Ein Alarmruf nicht nur der Schulen: Immer weniger Kinder lernen schwimmen. Betroffen sind vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund. Mit dem Projekt Schwimmpatenschaften hält Tempelhof-Schöneberg seit Jahren erfolgreich dagegen. Ehrenamtliche „Paten“ unterstüt-

zen Kinder aus solchen Familien bei der Teilnahme an Ferienschwimmkursen der Berliner Bäderbetriebe. Dies ist ein Vorzeigeprojekt für die Zusammenarbeit zwischen Paten aus der Zivilgesellschaft, dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirkes sowie den Berliner Bäderbetrieben. Dieses Vorzeigeprojekt muss dauerhaft etabliert und Vorbild für vergleichbare Initiativen werden, die man auf bezirklicher Ebene initiieren kann.

VEREINE BRAUCHEN PLATZ UND TRANSPARENTE FÖRDERUNG

Das Beispiel der Schwimmpaten zeigt die Bedeutung des Sports für eine Gesellschaft, die allen Menschen eine Chance auf Teilhabe, auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Entwicklung ihrer Möglichkeiten geben will. Die Sportvereine spielen im gesellschaftlichen Leben unseres Bezirks eine Schlüsselrolle.

Doch der Platz, den diese Vereine benötigen, steht nicht im wünschenswerten Maß zur Verfügung. Unser Bezirk hat zu wenige Sportanlagen. Dies betrifft insbesondere Schöneberg, wo nicht alle Sportvereine und -gruppen in den Hallen und auf den Plätzen mit ihren Trainingszeiten unterkommen. Dazu sind die Hallen zum Teil vor allem im Bereich der Sanitäreanlagen marode und müssen immer wieder geschlossen werden.

Das macht eine transparente und nachvollziehbare Vergabe der Trainingszeiten auf den bezirklichen Sportplätzen umso dringender. Momentan verteilt das Sportamt die Trainingszeiten halbjährlich an die Vereine und Gruppen, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Wegen der knappen Kapazitäten wurden etliche

Anträge abgelehnt, oftmals jedoch ohne Begründung. Deshalb setzen wir uns für ein transparentes und nachvollziehbares Vergabeverfahren ein.

ANGEBOTE FÜR ALLE

Generell begrüßen wir es, wenn bei der Vergabe von Sportanlagen die Zusammensetzung der Gruppen angemessen berücksichtigt werden würde und auch ältere Menschen, Menschen mit Handicap, Frauen

und Mädchen mehr als bisher in unseren Sportstätten trainieren könnten. Die Berliner Regelungen zur Vergabe von Sportanlagen bieten für eine solche Vergabepaxis aber nur wenige Möglichkeiten und Frauen sind in Sportvereinen unseres Bezirkes immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Immerhin wurde auf die Initiative der Grünen ein jährlicher Förderpreis eingeführt, der nun an Sportvereine mit vorbildlichen Angeboten für Mädchen und Frauen geht. Das ist ein guter Ansatz, um ein Sportangebot zu machen, das sich wirklich an alle richtet.

SO STÄRKEN WIR DEN EINSATZ FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN IM BEZIRK:

- > Wir wollen 30 zusätzliche Stellen für unser Gesundheitsamt, um ein „Mustergesundheitsamt“ zu werden. Angesichts gesetzlicher Aufgaben und der vermehrten Herausforderungen, z. B. bei den zusätzlich erforderlich gewordenen Impfungen, ist der Zuwachs um diese Stellen durchaus angemessen. Dazu ist eine geänderte Politik auf Landesebene notwendig.
- > Wir setzen uns im Rahmen der bezirklichen Zuständigkeiten dafür ein, dass das Jobcenter seine Möglichkeiten voll ausschöpft und sich intensiv auch um Mittel aus den unterschiedlichen Förderprogrammen bewirbt. Sinnvolle Projekte des Jobcenters müssen in dauerhaftes Engagement überführt werden.
- > Bei der Integration von Geflüchteten müssen die bezirklichen Volkshochschulen mit der Erweiterung des Deutschkursangebotes ihrer Aufgabe gerecht werden. Berufliche Netzwerke, koordiniert etwa von der bezirklichen Wirtschaftsförderung, sollen Geflüchtete und potenzielle Arbeitgeber zusammenbringen.



8 GEMEINSAM LERNEN IN ANGEMESSENEN RÄUMEN – NUR DANN IST BILDUNG AUCH GERECHT

Wir wollen die bestmögliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen von der Kita über die Schule bis zur Ausbildung oder zum Studium. Ein qualitativ gutes Ganztagsangebot kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die skandinavischen Länder haben gezeigt, dass die Ganztagschule diesem Grundsatz am besten gerecht werden kann. Wir haben in Tempelhof-Schöneberg das Bundespro-

gramm zum Ausbau von Ganztagschulen konsequent vorangetrieben und sind somit der Bezirk mit dem höchsten Ganztagsschulangebot Berlins. Die Kooperation mit den Freien Trägern ist hierbei ein Erfolgsmodell, das wir dort, wo es die Gemeinschaft will, ausweiten wollen.

Immer noch richten sich in Berlin oftmals die Bildungschancen nach Herkunft und sozialem Status aus. Deshalb braucht

es ein ganzheitliches Gesamtkonzept für die Betroffenen, das die einzelnen Einrichtungen, Angebote und Hilfeleistungen miteinander verbindet und koordiniert. Wir setzen dabei auf das Prinzip der Sozialraumorientierung. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe, dem Gesundheitsdienst sowie dem Quartiersmanagement muss intensiviert werden und sich an den jeweiligen konkreten Problemen und Bedürfnissen vor Ort ausrichten.

Gute Bildungseinrichtungen können es schaffen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sozialem Status, in jedem Kind die Neugier, die Lust am Lernen und den Entdeckergeist zu wecken. Kinder mit und ohne Behinderungen, Kinder unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft müssen gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Individuell fördern heißt dabei nicht nur, sich um die Schwachen zu kümmern, auch den Starken müssen anspruchsvolle Angebote gemacht werden, um sie optimal und nach ihren Begabungen zu fördern.

NEUE STANDORTE SCHAFFEN, ALTE SCHUL- GEBÄUDE SANIEREN

Eine zentrale Aufgabe der Politik der bevorstehenden fünf Jahre: Trotz knapper Kassen müssen die meisten Schulgebäude saniert und zusätzlich entsprechend der Bevölkerungsentwicklung an neuen Standorten neue Schulen gebaut werden. Statt verschiedener Sonderprogramme des Landes brauchen die Bezirke eine ausreichende Finanzierung ihrer baulichen Unterhaltung.

Für Tempelhof-Schöneberg bedeutet das: Wegen der vielen Zuzüge und des Wohnungsneubaus benötigen wir insbesondere im Süden weitere Plätze im Grund-

und Oberschulbereich. Bei der Standortplanung ist von Anfang an zu berücksichtigen: Für die Grundschul Kinder sollte der sichere Schulweg nicht länger als fünfzehn Minuten sein. In diesem Sinne müssten auch die Schuleinzugsgebiete unserer über 30 Grundschulen im Bezirk neu überdacht werden.

Der Neubau der Gustav-Heinemann-Oberschule in Marienfelde soll in der kommenden Wahlperiode endlich realisiert werden. Damit das funktioniert, sind alle Beteiligten vom Bauamt über Schulträger bis hin zur Schule sowie die Bezirksverordnetenversammlung fortdauernd in den Prozess einzubeziehen.

Der Ausbau der Friedenauer Gemeinschaftsschule muss kontinuierlich und der Situation angepasst fortschreiten. Auch hier gilt es, alle Betroffenen einzubeziehen. Die dafür benötigten Gelder müssen bereitgestellt und ausgegeben werden. Darüber hinaus sagen wir: Unser Bezirk braucht - neben den bestehenden - weitere Gemeinschaftsschulen. Den Überlegungen, solche Gemeinschaftsschulen an der Mariendorfer Kurfürstenstraße und der Grimmstraße in Lichtenrade einzurichten, sollen Taten folgen.

Außerdem fordern wir: Die Gartenarbeitsschule am Sachsendamm bleibt erhalten, bekommt eine Bestandsgarantie.

UNTERSCHIEDLICHE VORAUSSETZUNGEN, GLEICHE CHANCEN

Die Kinder mögen die unterschiedlichsten Voraussetzungen mitbringen: Aufgabe der Schule ist es, ihnen allen die gleichen Chancen zu eröffnen. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Dieses Prinzip vermittelt allen Schülerinnen und Schülern die Grund-

lagen sozialen Verhaltens, führt ihnen im täglichen Zusammenleben vor Augen, dass auch vermeintlich Schwache ihre Stärken haben und zeigt ihnen, dass es keine „Fremden“ gibt, sondern nur Menschen, die man kennenlernen kann.

Beim Neubau von Schulgebäuden muss es eine Selbstverständlichkeit sein: Alle Wege und Räume sind barrierefrei und werden so gestaltet, dass Kinder im Rollstuhl, blinde und gehörlose Kinder oder Kinder mit anderen Handicaps sie problemlos erreichen und sich darin bewegen können. Auch in den vorhandenen Schulen müssen Schritt für Schritt die dafür erforderlichen Umbauten in Angriff genommen werden. Sanierungen und Instandsetzungen, bei denen der Grundsatz der Barrierefreiheit mit Verweis auf angeblich mangelnden Bedarf missachtet wird, darf es nicht mehr geben. Im Rahmen der Prioritätensetzung von in Angriff zu nehmenden Sanierungen und Instandsetzungen werden wir uns für eine Barrierefreiheit einsetzen.

In die Raumplanung ist ebenfalls die Beschulung von Kindern geflüchteter Familien mit einzubeziehen. Für die Willkommensklassen, in denen diese Kinder die deutsche Sprache lernen, braucht es schließlich geeignete Räume und die Bereitstellung von Lehrpersonal.

IN SCHULEN WIRD NICHT NUR GELERNT, HIER WIRD GELEBT

Jeder kennt den Spruch: „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir.“ Aber wenn die Kinder dort wirklich für das Leben lernen sollen, dann müssen sie und ihre Eltern schon die Schulen selbst als soziale Lebensräume wahrnehmen. Die Schulen sollen Orte sein, wo die Kinder gerne hin-

gehen, wo sie Freunde treffen, wo sie von qualifiziertem und ausreichend zur Verfügung stehendem Personal Unterstützung erfahren.

Solche Lebensräume sollen nicht nur ansprechend gestaltet sein, hier darf es auch schmecken. Das Mittagessen in der Schule soll lecker und muss gesund sein. Erste Schritte zur Qualitätssteigerung wurden zwar unternommen, aber noch sind es nur wenige Lieferanten, die schmackhafte gesunde vollwertige Kost zu Preisen anbieten, die auch bezahlbar sind. Den Eltern muss klar sein, dass besseres Essen mehr Geld kostet. Doch deshalb dürfen die Kinder aus sozial schwächer gestellten Familien nicht von der Essensversorgung ausgeschlossen oder mit minderwertigen Nahrungsmitteln abgespeist werden. Das gemeinsame Essen muss Bestandteil des Schullebens sein und somit für alle kostenlos, um von Anfang an zu vermeiden, dass Kinder ausgeschlossen und damit stigmatisiert werden.

Im Mittelpunkt grüner Schulpolitik steht nicht die Institution Schule, sondern stehen die Familien und jedes einzelne Kind. Um deren Bedürfnisse geht es und denen kommt man am besten nach, wenn sie angemessen gehört und in Entscheidungen einbezogen werden. Das bedeutet: Die Selbstständigkeit und Entscheidungskompetenzen der Schulen müssen unterstützt und ausgebaut werden. Dabei kommt den Schulkonferenzen eine große Bedeutung und besondere Rolle zu. Aufgabe einer engagierten Bezirkspolitik wird sein, deren Positionen und Forderungen gegenüber der Senatsschulverwaltung unüberhörbar vorzubringen.

IDEEN FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER SCHULEN

- > Wir wollen die Selbstständigkeit und Entscheidungskompetenzen der Schulen stärken. Im Mittelpunkt der Schulpolitik hat nicht die Institution Schule, sondern haben die Kinder und deren Familien zu stehen. Auf deren Bedürfnisse können gestärkte Schulkonferenzen besser eingehen als die Senatsverwaltung.
 - > Entsprechend der Baupolitik und der Bevölkerungsentwicklung brauchen wir vor allem im Süden des Bezirks neue Schulen. Längst überfällige Sanierungen vorhandener Schulgebäude müssen durchgeführt werden und zwar so, dass alle Räume barrierefrei auch von Kindern mit Handicap genutzt werden können und dass sie Platz für Willkommensklassen für Kinder aus Flüchtlings- und Zuwanderungsfamilien bieten. Zudem wollen wir weitere Gemeinschaftsschulen in Tempelhof-Schöneberg schaffen.
 - > Die Schulen sollen der Lebensraum für unsere Kinder sein und Orte, an denen sie gerne sind, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in genügender Anzahl jedem einzelnen Kind die angemessene Unterstützung zukommen lassen können.
-



9 KUNST UND KULTUR IN UNSEREN KIEZEN – DAS MACHT DEN BEZIRK LEBENDIG

Die Zukunft des Kinder- und Jugendtheaters Morgenstern stand schon auf der Kippe. Die beliebte Schauspieltruppe sollte ihre traditionelle Spielstätte im alten Rathaus Friedenau verlieren. Ohne diesen festen Ort hätte sie aber ihre Arbeit kaum fortsetzen können. Mit Unterstützung der grünen Fraktionen im Abgeordnetenhaus und im Bezirk ist es gelungen, das Theater Morgenstern langfristig im Rat-

haus Friedenau zu halten. Nun ist es Teil des Modellprojektes „Rathaus Friedenau“, wo in einem Heim für Flüchtlinge mit einem Kinder- und Jugendtheater auch die Kultur integriert ist. Zum Modellprojekt gehört auch die Integration einer Bibliothek mit Schwerpunkt Migration - hier treiben wir die Planungen voran.

Auch die Zukunft des Puppentheaters „Hans Wurst Nachfahren“ am Winterfeldt-

platz war ungewiss. Nach anhaltenden Protesten aus der Bürgerschaft ist jetzt gesichert, dass das Puppentheater zumindest bis 2018 erhalten bleibt. Danach will die derzeitige Senatskulturverwaltung dieses Haus als Theaterspielort zwar abwickeln, aber wir Grüne werden uns sowohl in der Bezirksverordnetenversammlung als auch im Abgeordnetenhaus weiter dafür einsetzen, dass dieses wunderbare Haus mit dem einladenden Vorplatz die erforderliche Unterstützung erhält, um sein Profil als Ort des zeitgenössischen Puppenspiels weiter zu entwickeln.

Diese beiden Beispiele zeigen: Es kann immer erneut gelingen, dass Kultur und Politik gemeinsam gute und überraschende Lösungen finden, manchmal kommen aber nur Kompromisse zustande, mit denen sich allerdings Zeit gewinnen lässt.

VOM LABORBETRIEB ZUM WIRTSCHAFTSFAKTOR

Die zahlreichen Kultureinrichtungen in Tempelhof-Schöneberg kosten nicht nur Geld, sie halten unsere Kieze auch lebendig und haben sich vom Laborbetrieb für alternative Experimente zum Wirtschaftsfaktor und damit zum Standortvorteil für den Bezirk entwickelt.

Hier befinden sich Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung wie kleinteilige Kiezangebote, die Schöneberg und Tempelhof einzigartig machen. Hier wird Kultur produziert, vermittelt, gelehrt und gehandelt. Immer mehr Künstlerinnen und Künstler leben und arbeiten in Tempelhof-Schöneberg, die Kreativwirtschaft macht einen zunehmenden Anteil unseres wirtschaftlichen Erfolges aus.

Eine gut vernetzte kulturelle Infrastruktur und ein lebendiges Kulturleben prägen

die Identität dieses Bezirkes. Das ist ein starkes Argument, um für unsere Kieze einen fairen Anteil der Landes- und Bundesförderung für Kultur und Kreativwirtschaft einzufordern und mit diesen Mitteln auch – unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner – unseren wachsenden Stellenwert als Tourismusort auszubauen.

KULTUR BRAUCHT PERSONAL UND PERSONAL WILL LEBEN

Wenn wir die Kultureinrichtungen des Bezirks, zum Beispiel das Jugendmuseum in der Hauptstraße oder das Haus am Kleistpark, erhalten und auf solide Füße stellen wollen, braucht es dafür Personal. Schließlich gilt das Jugendmuseum bundesweit als vorbildliche Modelleinrichtung und das Haus am Kleistpark ist keine kleine Bezirks-galerie, sondern erfreut sich als eine der schönsten und interessantesten kommunalen Galerien der Stadt berlinweiter Anerkennung.

Aber wie war es um die Personalsituation des Hauses am Kleistpark bestellt? Lange Zeit war die dortige Leiterin, die dazu auch noch für die Galerien im Rathaus Tempelhof und im Tempelhofer Museum zuständig ist, auf sich allein gestellt. Mit der Neubesetzung einer Stelle gibt es eine kleine Besserung, aber das kann doch nicht alles sein.

Einrichtungen wie das Haus am Kleistpark müssen personell und wirtschaftlich so ausgestattet sein, dass sie eine gute Öffentlichkeitsarbeit machen können und für nötige Reparaturen Handwerkerleistungen erbracht werden können, um zumindest den jetzigen Zustand zu erhalten.

Mehr Kultur zu fordern, ist immer einfach, die materielle Anerkennung der Kulturschaffenden aber steht meist auf einem anderen Blatt. Mit 4.500 Schülerinnen und Schülern, 60 angebotenen Unterrichtsfächern und rund 200 Dozentinnen und Dozenten ist die Tempelhof-Schöneberger Leo Kestenberg Musikschule eine der bedeutendsten Musikschulen Deutschlands. Der Preis, den die Lehrkräfte dafür zahlen müssen: Honorare, von denen man nicht leben kann, und kurze Zeitverträge, mit denen keine Lebensplanung möglich ist. Die Grünen haben sich deshalb seit der letzten Legislaturperiode über das Abgeordnetenhaus mit Erfolg dafür stark gemacht, die finanzielle Situation der Musikschullehrkräfte zu verbessern und damit auch das Niveau des Unterrichts zu erhalten.

So wurden zusätzliche Mittel erstritten und im Bezirk eineinhalb neue feste Stellen geschaffen. Wir wollen aber, dass berlinweit zunächst zwanzig Prozent und später mehr der Musikschullehrkräfte feste Stellen erhalten. Nur mit festangestellten Musiklehrerinnen und -lehrern ist eine fachliche und pädagogische Entwicklung einer Musikschule möglich. Diese Politik der materiellen Anerkennung und Zukunftssicherung für Kulturschaffende wollen wir auf Landes- und Bezirksebene in der kommenden Wahlperiode vorantreiben.

BIBLIOTHEKEN ALS TREFFPUNKTE

Der Sparzwang der vergangenen Jahre hat den Bestand der Bibliotheken unseres Bezirks gefährdet. Insbesondere die Eva-Maria-Buch-Bezirkszentralbibliothek in Tempelhof und die Theodor-Heuss-Mittelpunktbibliothek an der Schöneberger Hauptstraße sind stark sanierungsbedürftig

und die Häuser personell stark unterbesetzt. Das Flächenangebot ist in beiden Häusern zu klein. Das alles trägt natürlich nicht dazu bei, mehr Nutzerinnen und Nutzer in die Bibliotheken zu locken. Um höhere Zuweisungen vom Senat zu erhalten, brauchen die Bibliotheken jedoch mehr Besucherinnen und Besucher.

Ein Neubau wäre wünschenswert, scheint sich aber angesichts der Haushaltslage zurzeit zu verbieten. Darum hat der Bezirk mit der Mehrheit der rot-grünen Zählgemeinschaft beschlossen: Wir investieren, um die bestehenden Einrichtungen zu verbessern und um Fenster, Dächer und Sanitäreinrichtungen zu erneuern. Speziell wollen wir bei der Bibliothek an der Hauptstraße die Flächen auf kluge und finanziell tragbare Weise erweitern.

Mit baulichen Maßnahmen allein ist den Bibliotheken aber nicht auf die Sprünge zu helfen. Unsere Bibliotheken müssen künftig mehr sein als bloße Ausleihstationen für Bücher und andere Medien. Wir wollen sie als Orte für den Aufenthalt, für die Gruppenarbeit von Jugendlichen, für die Arbeit mit Computern und als Treffpunkt von Bürgerinnen und Bürgern und vieles mehr gestalten.

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN...

Wachsende Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus machen deutlich: Kultur in Deutschland muss auch eine Kultur des Erinnerns sein, eine Kultur, die an die Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft, an ihre Opfer erinnert und an jene Frauen und Männer, die der Tyrannei Widerstand entgegengesetzten.

Für diese Erinnerungskultur bietet Tempelhof-Schöneberg einen ganz herausra-

genden Ort. In der Torgauer Straße, auf der so genannten „Roten Insel“, hatte der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete Julius Leber den zivilen Widerstand gegen Hitler aufgebaut. Julius Leber wurde verraten und am 5. Januar 1945 in Plötzensee ermordet, seine Kohlenhandlung, die als geheime Zentrale des Widerstandes diente, wurde von einer Bombe getroffen. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus baute seine Witwe Annedore Leber auf dem Gelände den Mosaik Verlag auf, mit dem sie den Widerstand gegen Hitler unter den Deutschen bekannt machen wollte.

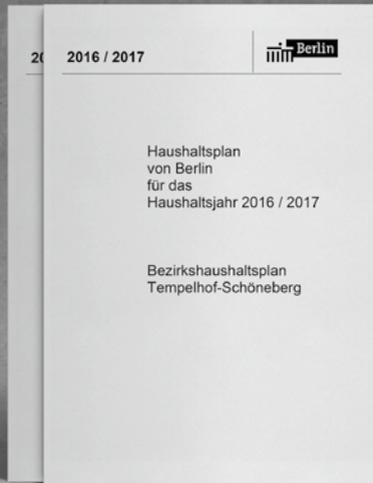
Das Grundstück ist nun Teil der neuen Parkanlage. Wir Grüne unterstützen den Arbeitskreis Schöneberger Bürgerinnen und Bürger, der sich zusammengefunden hat, um hier einen Annedore und Julius Leber gewidmeten Lern- und Gedenkort zu gestalten. Wir wollen, dass dieser Ort des

Widerstands Teil des historischen Parcours wird, der von der früheren SA-Kaserne an der General-Pape-Straße bis zum Schwerbelastungskörper bei der Kolonnenbrücke führt.

Wir haben noch hunderte weitere Gedenkstätten in unserem Bezirk und Orte, an denen jene jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger lebten, die der nationalsozialistischen Herrschaft zum Opfer fielen. Stolpersteine mit den Namen der Ermordeten an und vor deren früheren Wohnhäusern weisen Anwohner und Passanten auf diese Stätten hin und führen vor Augen, was Rassenwahn in letzter Konsequenz bedeutet. Wir Grüne haben wesentlich dazu beigetragen, dass Bezirkspolitik und Verwaltung die Verlegung der Stolpersteine so gut wie möglich mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen förderten. Daran werden wir unerschütterlich festhalten.

SCHRITTE ZU EINEM BLÜHENDEN KULTUR-BEZIRK:

- > Kultur- und Kreativwirtschaft sind ein prägendes Element für die Identität von Tempelhof-Schöneberg und ein Wirtschafts- und Standortfaktor. Deshalb fordern wir für unsere Kieze einen fairen Anteil der Landes- und Bundesförderung für Kultur und Kreativwirtschaft und wollen mit diesen Mitteln auch unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner unseren wachsenden Stellenwert als Tourismusort ausbauen.
 - > Wir wollen die vorhandenen Kultureinrichtungen möglichst an ihren derzeitigen Standorten erhalten und weiterentwickeln. Dafür müssen die Kulturschaffenden eine angemessene materielle Anerkennung für ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben erhalten.
 - > Die bezirklichen Bibliotheken müssen baulich hergerichtet werden, sie sollen sich von „Verleihstationen für Bücher und Medien“ zu kommunalen Treffpunkten für Leserinnen und Leser und für Arbeitsgruppen und Diskussionskreise entwickeln.
-



10 DIE ZUKUNFT DES BEZIRKS GESTALTEN – AUF SOLIDER BASIS

Mit dem Bezirkshaushalt 2016/17 hat die rot-grüne Zählgemeinschaft trotz angespannter Haushaltssituation ökologische und soziale Eckpfeiler gesetzt. Außerdem wurden wichtige Auflagen beschlossen, die eine verbesserte Wirtschaftlichkeit zum Ziel haben.

So haben wir:

> insgesamt 230.000 Euro in beiden Jahren zur Umsetzung des Nebenroutenkonzeptes für den Fahrradverkehr zur Verfügung gestellt,

- > zusätzlich 50.000 Euro für Energieeinsparmaßnahmen zur Verfügung gestellt,
- > mit 50.000 Euro pro Jahr für die Naturwachtstation und die Arbeit des Naturrangers in Marienfelde eine nachhaltige Finanzierung aufgebaut,
- > für 26.000 Euro die Wohnungslosentagesstätte in Schöneberg in die Lage versetzt, jetzt einen weiteren Öffnungstag speziell für Frauen anbieten zu können,
- > mit 70.000 Euro das Quartiersbüro „W40“ in Marienfelde abgesichert und

> insgesamt 30.000 Euro Vereinen und Initiativen als Sondermittel der Bezirksverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt.

IN KÖPFE UND BÜRGERNAHE TECHNIK INVESTIEREN

Knapp 715 Millionen Euro umfasst der Bezirkshaushalt 2017 - ein scheinbar riesiger Betrag, mit dem man etliches erreichen könnte. In diesem Haushalt sind aber zum Beispiel auch die Sozialleistungen enthalten, die der Bezirk nach dem Gesetz erbringen muss, sowie Personalausgaben und Bewirtschaftungskosten, die für die bezirkseigenen Gebäude (Strom, Wärme, Wasser etc.) notwendig sind.

Tatsache ist: Tempelhof-Schöneberg befindet sich in einer angespannten Haushaltssituation und die Strukturprobleme unseres Bezirkes lassen sich nicht von heute auf morgen lösen. Die Finanzlöcher wurden bisher vor allem dadurch gestopft, indem Personal nicht wieder oder sehr verspätet neu eingestellt worden ist. Das bedeutete aber auch einen tatsächlichen Personalabbau. Von allen Berliner Bezirken hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg inzwischen die viertniedrigste Personalausstattung. Setzt man die Einwohnerzahl ins Verhältnis zur Anzahl der Personalstellen, liegt Tempelhof-Schöneberg inzwischen sogar an letzter Stelle. Dieser Personalabbau führte auch dazu, dass selbst gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben (wie z.B. die zahnärztlichen Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen) nicht mehr angeboten werden können. Ein Kreislauf aus zu geringem Budget und Personalkosteneinsparungen war die Folge.

Die rot-grüne Zählgemeinschaft hat eine Trendwende zum gezielten Personalaufbau betrieben und wieder mehr Personal eingestellt. Dies war auch deswegen wichtig, weil

viele langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen werden. Wir wollen wieder alle dem Bezirk zur Verfügung gestellten Investitionsmittel voll ausschöpfen und nicht als Sparsbüchse missbrauchen. Wir wollen Personal dort einstellen, wo Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden, wie z.B. in der Jugend- und Sozialarbeit und im Bereich Schule. Nur durch mehr Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen wir die Zuweisungen des Landes für den Bezirk.

Mit den Neueinstellungen verbinden wir auch die Chance zur Modernisierung der Verwaltung. Wir wollen endlich, dass auch Berlin und seine Bezirke die Chancen nutzen, die beispielsweise das E-Government bietet. Das größte Potenzial liegt dabei im Online-Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger zur Berliner Verwaltung. Dies schafft mehr Komfort für die Bürgerinnen und Bürger und einen effizienten Personaleinsatz für die Verwaltung.

Eine weitere Ursache des Haushaltsproblems, das sich über Jahrzehnte entwickelt hat, sind die hohen Ausgaben, die der Bezirk für Instandhaltung und Betrieb seiner Gebäude aufbringen muss. Eine Neubewertung der bezirkseigenen Immobilien soll künftig zwar wieder Luft verschaffen, wird aber längere Zeit in Anspruch nehmen. Es führt kein Weg daran vorbei: Zur Umsetzung unserer Vorschläge müssen wir an anderen Stellen sparen. Eine Sparmöglichkeit wäre, bezirkseigene Gebäude und Einrichtungen, wo immer es möglich ist, einer Mehrfachnutzung zuzuführen.

DIE MENSCHEN MÜSSEN WISSEN, WAS MIT IHREM GELD GESCHIEHT

Die Bürgerinnen und Bürger können zwar sehen, wie gut oder schlecht in der Verwaltung

etwas funktioniert wie zum Beispiel hautnah im Bürgeramt. Wie sich diese Dienstleistungen auf den Haushalt auswirken, kann kaum nachvollzogen werden. Dabei geht es auch hier um ihr eigenes Geld, um die Verwendung von gezahlten Steuern.

Deshalb haben wir Grüne uns für ein umfassendes Berichtswesen im Finanzbe-

reich eingesetzt. Wir wollen, dass transparent dargelegt wird, was mit dem Geld geschieht. Eine einfache Veröffentlichung des Bezirkshaushaltes reicht uns aber nicht. Die entscheidenden Bereiche des Haushaltes müssen für Laien verständlich dargestellt und erläutert werden.

SPAREN UND INVESTIEREN MIT VERSTAND

- > Wir wollen die zahlreichen Neueinstellungen in die Verwaltung als Chance für eine Modernisierung nutzen. Es soll dort mehr Personal geben, wo es für die Bürgerinnen und Bürger benötigt wird. Die Arbeitsbedingungen für das Personal müssen stimmen. Wir wollen auch nicht, dass immer weniger Personal immer mehr leisten muss.
 - > Wir wollen die bezirkseigenen Immobilien effektiver als bisher nutzen, wo immer es möglich ist, und z.B. eine Mehrfachnutzung einführen.
 - > Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu erfahren, was mit ihrem Steuergeld geschieht und dass es vernünftig eingesetzt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bezirkshaushalt veröffentlicht und auch für Laien verständlich dargestellt wird.
-

NOTIZEN

NOTIZEN

